

VORWÄRTS

Das Magazin der deutschen Sozialdemokratie • gegründet 1876



Der »Vorwärts« feiert Geburtstag

**Mit neuem Konzept
in die Zukunft**

Soziale Politik

**Ringens um faire Löhne
bei Lieferdiensten**

Gesellschaft und Demokratie

**Kommt jetzt
das AfD-Verbot?**

SPD vor Ort

**Ein kleiner Ortsverein
sorgt für Furore**

Bildung schafft

Demokratie.

Damals wie heute.

Für Wilhelm Liebknecht, Mitgründer und erster Chefredakteur des vorwärts, war die Sozialdemokratie „im eminentesten Sinne des Worts die Partei der Bildung“. Er verstand Bildung als Schlüssel zu Freiheit, demokratischer Teilhabe und sozialem Aufstieg. Diesem Anspruch fühlt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung bis heute verpflichtet – mit politischer Bildung, Stipendien und Angeboten, die Bildungsgerechtigkeit stärken.



„200 Jahre Wilhelm Liebknecht. Wegbereiter für Freiheit und Solidarität“ Martin Schulz würdigt in diesem Beitrag Wilhelm Liebknechts Einsatz für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gerechte Bildungschancen.



Wilhelm Liebknecht, 1885

Rechte: Gemeinfrei/AdsD; Quelle: AdsD, 6/FOTA020580



Studienförderung

Seit über 100 Jahren vergibt die Friedrich-Ebert-Stiftung Stipendien an engagierte Studierende, Promovierende und Auszubildende. Damit trägt die FES aktiv zu Chancengleichheit bei, um den Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.



Geschichte erleben

Entdecken Sie beim Archiv der sozialen Demokratie den digitalisierten vorwärts: Mehr als 200.000 Seiten des vorwärts von 1876 bis 1933 und weitere sozialdemokratische Zeitungen sind frei zugänglich und im Volltext recherchierbar.



Verteilungsgerechtigkeit heute

Die Friedrich-Ebert-Stiftung analysiert soziale Ungleichheit und entwickelt Ideen für mehr Verteilungsgerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt – wie etwa Vorschläge für eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer.



Politische Bildung

Mit Seminaren, Veranstaltungen, Publikationen und digitalen Angeboten vermittelt die Friedrich-Ebert-Stiftung Wissen, fördert den demokratischen Dialog und lädt dazu ein, Politik aktiv mitzugestalten.

Eine soziale und demokratische Gesellschaft braucht einen fairen Zugang zu Bildung!

**Friedrich
Ebert** 
Stiftung

Themen in diesem Heft

150 JAHRE »VORWÄRTS«

- 4 Der »Vorwärts« erfindet sich neu
Interview mit SPD-Generalsekretär Tim Klüssendorf
- 6 Als der »Vorwärts« Hitler aus Prag die Stirn bot
1933 floh die Redaktion vor den Nazis, machte aber weiter

SOZIALE POLITIK

- 8 Schluss mit den Sonderregeln für Minijobs!
Kommentar: Die geplante Reform ist überfällig
- 10 Kampf für faire Bezahlung bei Lieferdiensten
Subunternehmen umgehen den Mindestlohn, weiß Samee Ullah
- 12 »Wir brauchen keinen Niedriglohnbereich«
Interview mit SPD-Sozialpolitikerin Annika Klose
- 14 Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte
Was seine Einführung im Rückblick bewirkt hat
- 16 Teure Mieten: So hart ist die Wohnungssuche
Zwei Studierende berichten, was sie erlebt haben
- 18 So soll Wohnen wieder bezahlbar werden
Die wichtigsten Antworten zur geplanten Mietrechtsreform

GESELLSCHAFT UND DEMOKRATIE

- 20 Kampf gegen die AfD
Was die Sozialdemokratin Chantal Messing antreibt
- 22 Stadtrat als Bühne für Hetze
Warum die Leipziger SPD auf ein AfD-Verbot drängt
- 24 Ein Gesetz allein löst die Probleme nicht
Wie Frauen vor digitaler Gewalt besser geschützt werden könnten

SPD VOR ORT

- 26 Im Amt ist der Bürgermeister im Dauermodus
Andreas Dittmann geht in Zerbst dahin, wo es unbequem wird
- 28 Kleiner Ortsverein ganz groß
Hasenclever-Preis geht nach Münchweiler an der Alsenz
- 30 Wiederaufbau an der Ahr mit SPD-Rotwein
Eine ungewöhnliche Kooperation hilft den Winzer*innen
- 19 Bundestagsfraktion
- 32 Rätsel
- 33 Impressum
- 34 Das Allerletzte



Liebe Leserin, lieber Leser,

heute hältst du ihn endlich in der Hand, den neuen „Vorwärts“. Wir haben die vergangenen sechs Monate intensiv an einem neuen Konzept gefeilt und hoffen, dass dir das Ergebnis gefällt. Über Anregungen, Kritik und besonders natürlich Lob freuen wir uns!

Doch der neue „Vorwärts“ ist viel mehr als nur ein gedrucktes Magazin. Da sich die Medienlandschaft in den vergangenen Jahren deutlich verändert hat und vor allem digitaler geworden ist, stellen auch wir uns deutlich breiter auf. Du findest unser Angebot nicht nur auf vorwaerts.de, sondern auch auf Facebook, Instagram und TikTok. Ganz neu ist auch unser WhatsApp-Kanal, den du kostenfrei abonnieren kannst. Ebenfalls kostenfrei ist unser Newsletter und die neue Vorwärts-App. Wie du an beide herankommst, erfährst du auf der letzten Seite dieser Ausgabe. Sichtbarstes Zeichen der Veränderung ist sicher unser neues Logo, mit dem wir bewusst an die Zeit der 1920er Jahre anknüpfen – eine Zeit in der 150-jährigen Geschichte des „Vorwärts“, die uns noch heute mit Stolz erfüllt. Und noch etwas ist neu: mein Gesicht an dieser Stelle. Nach fast 13 Jahren als Chefredakteurin hat Karin Nink den „Vorwärts“ im Frühjahr verlassen. Als Redaktion danken wir ihr für das, was sie in dieser Zeit für den „Vorwärts“ geleistet hat. ♦

Herzliche Grüße


Kai Doering
Chefredakteur



Er will, dass der „Vorwärts“ künftig eine wichtigere Rolle spielt – in der SPD und darüber hinaus: Herausgeber Tim Klüssendorf

»Der ›Vorwärts‹ kann zu einem echten Player in der Medienlandschaft werden«

Interview: Kai Doering

Jubiläum. Zu seinem 150. Geburtstag erfindet sich der »Vorwärts« neu. Herausgeber und SPD-Generalsekretär Tim Klüssendorf sagt, welche Rolle das Parteimedien künftig spielen soll – und warum er dabei an die 1920er Jahre anknüpfen will.

Was kommt dir als erstes in den Sinn, wenn du an den „Vorwärts“ denkst?

Ich habe sofort die Titelseiten aus den 1920er Jahren vor mir. Der Kampf gegen die Feinde der Demokratie, die drei Pfeile der „Eisernen Front“, die

zu dieser Zeit fester Bestandteil der Vorwärts-Titelseiten waren mit einem klaren Bekenntnis: Wir stehen für eine freie und gerechte Gesellschaft und wir stehen auf der richtigen Seite der Geschichte. Der „Vorwärts“ war in dieser Zeit auch ein starkes Gegen-

gewicht zu mächtigen Kapitalinteressen und der bürgerlichen Presse hinsichtlich der öffentlichen Meinungsbildung. In dieser Funktion hat er schlagkräftig sozialdemokratische Politik erklärt. Das ist etwas, auf das man auch 100 Jahre später noch sehr

stolz sein kann. Mit dem neuen Logo knüpfen wir deshalb auch bewusst an diese Tradition an.

Wo siehst du Parallelen?

In der Medienlandschaft verschiebt sich gerade rasant etwas. Neben den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und private Medien sind die digitalen Plattformen getreten, die für immer mehr Menschen die Hauptinformationsquelle sind. Darüber hinaus gibt es ein wachsendes Interesse von rechtskonservativer bis rechtsextremer Seite, eigene Medien aufzubauen, um ungefiltert die eigene Weltsicht zu verbreiten. Mit dem „Vorwärts“ haben wir ein Medium mit einer langen Tradition, das dagegenhalten kann. Das kann er aber nur, wenn er nicht allein in die SPD hineinwirkt, sondern auch klar nach außen Position bezieht und Orientierung gibt. Deshalb haben wir uns vor einigen Monaten auf den Weg gemacht, den „Vorwärts“ neu auszurichten – mit einem klar journalistischen Auftrag, einer eigenen Sprache und einer klaren Haltung.

Es sorgt immer mal wieder für Irritation, dass eine Partei eine eigene Zeitung, ein eigenes Medium hat. Warum ist der SPD das wichtig?

Die deutsche Sozialdemokratie war und ist mehr als eine Partei. Sie ist eine Bewegung und Medien waren stets ein wichtiger Teil davon. Als Medium der SPD kann und muss der „Vorwärts“ zukünftig einen stärkeren Beitrag dazu leisten, unsere Haltung mit journalistischem Anspruch in die

knapp informiert sein und Orientierung für den Tag haben wollen. Über vorwärts.de werden Informationen und Einordnungen schnell verbreitet. Vor dem Hintergrund von Künstlicher Intelligenz spielt das eine immer wichtigere Rolle. Wer verlässliche Quellen setzt, gewinnt an Gewicht. Und natür-

»Der ›Vorwärts‹ bespielt mehr Kanäle als früher, aber vor allem tritt er anders auf.«

Tim Klüssendorf, Vorwärts-Herausgeber

Öffentlichkeit zu tragen. Das bedeutet ausdrücklich nicht, unkritisch mit der SPD umzugehen. Wichtig ist, dass er mit einem klaren Wertekompass handelt, mit einer klaren Haltung für unsere Demokratie, für Respekt und Gerechtigkeit.

Siehst du den „Vorwärts“ mit dem neuen Konzept dafür gut aufgestellt?

Ja. Heute ist die Medienlandschaft deutlich vielfältiger als bei der Gründung des „Vorwärts“ und das Format Zeitung reicht bei weitem nicht aus, um die Menschen zu erreichen. Mit einem E-Mail-Briefing richten wir uns an diejenigen, die kurz und

lich wollen wir auch im Bereich Bewegtbild unterwegs sein. Hier sind die digitalen Plattformen wie Instagram und TikTok ganz entscheidend, um Informationen, Hintergründe und Haltung in die Breite zu tragen. Ergänzt wird das zweimal im Jahr durch ein hochwertiges Magazin, das die stärksten Beiträge bündelt. Der „Vorwärts“ bespielt mehr Kanäle als früher, aber vor allem tritt er anders auf. Und das machen wir auch mit dem neuen Markenauftritt deutlich.

Am 1. Oktober wird der „Vorwärts“ 150 Jahre alt. Wenn wir ein Jahr weiterschauen: Wann wärst du zu seinem 151. Geburtstag zufrieden?

Mein Wunsch ist, dass sowohl die SPD-Mitglieder als auch Menschen aus dem Umfeld der SPD regelmäßig sagen: „Das habe ich beim ‚Vorwärts‘ gesehen. Jetzt weiß ich, wie ich argumentieren kann.“ Das wäre ein echtes Zeichen, dass er ankommt. Ein Ziel ist auch, dass andere Medien sich häufiger auf den „Vorwärts“ beziehen müssen, weil hier neue Vorschläge und Vorhaben zuerst sichtbar werden. So kann der „Vorwärts“ zu einem ernsthaften Player in der Medienlandschaft werden, zum Wohle der Sozialdemokratie, aber auch der demokratischen Öffentlichkeit in unserem Land insgesamt. ♦



Tim Klüssendorf im neuen Video-Studio des „Vorwärts“. „Das Format Zeitung reicht bei Weitem nicht aus, um die Menschen zu erreichen.“

Foto: Amrei Schulz/photothek.de
Foto: Amrei Schulz/photothek.de

Als der »Vorwärts« Hitler aus Prag die Stirn bot

Von Kai Doering

Widerstand. Nach der Machtübernahme der Nazis 1933 floh der Vorstand der SPD nach Prag – und mit ihm der »Vorwärts«. Von hier aus klärte er unter neuem Namen über Hitlers Verbrechen auf. Noch heute lassen sich Spuren dieser Geschichte finden.



Der „Neue Vorwärts“ im Prager Exil im Jahr 1937: Chefredakteur Friedrich Stampfer mit den Mitgliedern des SPD-Exilvorstands Siegmund Crummenerl und Paul Hertz sowie dem tschechischen Journalisten Jiri Ivan Krejci (v. l.).

Das Eckhaus, in dem sich einst ein Widerstandsnest befand, kommt heute unscheinbar daher. Ein hellbrauner Anstrich, Stühle und Tische auf den Balkonen in der dritten und vierten Etage, im Erdgeschoss ein italienisches Restaurant. Links neben dem Eingang immerhin verrät eine bronzefarbene Tafel, dass an diesem Ort Historisches passiert ist. „Hier arbeitete der Exilvorstand der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren 1933 bis 1938“, steht auf der Tafel – auf Tschechisch und auf Deutsch. Willy Brandt hat sie hier im Prager Stadtteil Karlín,

dem einstigen Hafenviertel, im Mai 1990 angebracht. „Von hier aus wurde die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie fortgesetzt, nachdem sie im Mai 1933 vor den Nazis fliehen musste“, weiß Thomas Oellermann. Er ist Historiker und Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag. Und: „Das Haus war auch wichtig für die Fortführung des ‚Vorwärts‘“. Der war nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 von den Nazis verboten worden. Drei Monate später suchten Chefredakteur Friedrich Stampfer und andere führende Sozialdemokraten in Prag Zu-

flucht. Fortan nannten sie sich „Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil“, kurz SOPADE.

»Sprachrohr der Arbeiter«

Bereits am 18. Juni 1933 erschien die erste Ausgabe des „Neuen Vorwärts“. Die Umbenennung war notwendig, da es in der damaligen Tschechoslowakei bereits eine Zeitung mit dem Namen „Vorwärts“ gab. „Wir gehen davon aus, dass viele Inhalte des ‚Neuen Vorwärts‘ hier produziert wurden“, erzählt Historiker Thomas Oellermann vor dem Haus in Prag-Karlín. Gedruckt wurde die Zeitung im Verlag „Graphia“ im rund 130 Kilometer entfernten Karlsbad, unweit der deutschen Grenze. Der Verlag gehörte der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei (DSAP). Sie halfen den Genoss*innen aus dem Deutschen Reich auch bei behördlichen Genehmigungen und



Thomas Oellermann vor der Gedenktafel, die an den Sitz der SOPADE in Prag erinnert.



Das Haus, in dem Friedrich Stampfer in Prag wohnte, ist heute einsturzgefährdet.

beim Vertrieb des „Neuen Vorwärts“. Der sah seine Aufgabe darin, die Menschen im Ausland, aber auch in der Heimat über die Verbrechen der Nazis aufzuklären. „Ein Ruf erhebt sich, der Ruf der vergewaltigten und geknebelten deutschen Arbeiterklasse. Er sollte erstickt werden – man wird ihn dennoch hören. Wir werden sein Sprachrohr sein“, versprach Friedrich Stampfer in der ersten Ausgabe unter der Überschrift „Zerbrecht die Ketten!“

Das Haus, in dem Stampfer während seines Exils wohnte, liegt an der Albertov-Straße in der Prager Neustadt. Alle paar Minuten rattert eine Straßenbahn vorbei. Die Fenster im Erdgeschoss sind mit Holzbrettern verrammelt, die Etagen darüber mit einem grünen Baunetz umgeben. Ein Schild warnt vor herabfallenden Steinen. „Stampfer hatte eine journalistische Karriere gemacht und war nach dem Ersten Weltkrieg Chefredakteur des ‚Vorwärts‘ geworden“, berichtet Thomas Oellermann. „Für den Exil-Vorwärts spielte Stampfer eine zentrale Rolle.“ Er wertete Berichte aus, die auf geheimen Wegen aus dem Deutschen Reich nach Prag kamen,

er redigierte und schrieb Texte. Unter seiner Führung erschien der „Neue Vorwärts“ immer sonntags mit einer Auflage von bis zu 10.000 Exemplaren. Zu seiner Hochphase wurde er in 42 Länder verschickt, über Kuriere auch ins Deutsche Reich geschmuggelt.

»Ein Ruf erhebt sich, der Ruf der vergewaltigten und geknebelten deutschen Arbeiterklasse.«

„Neuer Vorwärts“ am 18. Juni 1933

Am 2. Februar 1936 fand unter der Überschrift „Für Deutschland – gegen Hitler!“ eine Abrechnung mit dem Nazi-Regime statt. Wenige Monate vor den Olympischen Spielen in Berlin schilderte die Redaktion die Situation in Deutschland, das sich in einen „Zuchthausstaat“ verwandelt habe. Auch den „Ausrottungskrieg gegen die Juden“ beschrieb der „Neue Vorwärts“ in aller Deutlichkeit. Diese Aufklärung wurde der SOPADE und auch dem „Neuen Vorwärts“ schließlich zum Verhängnis. 1938 mussten sie auf Druck der tschechischen Regierung Prag in Richtung Paris verlassen. Richtig Fuß fassen konnten sie hier nicht. ♦



Einen Video-Rundgang zu den Orten der Exil-SPD in Prag findest du hier.

Von der Zeitung zum digitalen Produkt

1876

Gründung des „Vorwärts“ in Leipzig

1878

Im Zuge des Sozialistengesetzes wird der „Vorwärts“ bis 1890 verboten.

1891

Neugründung des „Vorwärts“, jetzt mit Sitz in Berlin

1918/19

Der „Vorwärts“ wird ein Leitmedium der Weimarer Republik. Während der Novemberrevolution besetzt der Spartakusbund das Vorwärts-Gebäude.

1933

Der „Vorwärts“ wird erneut verboten und geht ins Exil nach Prag.

1938

Flucht nach Paris, wo er als „Neuer Vorwärts“ noch bis 1940 erscheint

1948

Wiedergründung des „Neuen Vorwärts“ als Wochenzeitung in Westdeutschland

1989

Ende der wöchentlichen Erscheinungsweise, der „Vorwärts“ verschmilzt mit dem SPD-Mitgliedermagazin

1996

Umzug von Bonn nach Berlin

2015

Der „Vorwärts“ verstärkt seine Online-Präsenz. Die Printausgabe wird auf sechs Ausgaben im Jahr reduziert.

2026

Voller Fokus auf digitale Kanäle: Der „Vorwärts“ wird neu konzipiert und modernisiert.



Schluss mit den Sonderregeln für Minijobs!

Von Lars Haferkamp

Kommentar. Sieben Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in einem Minijob, meist mit Folgen für Rente und soziale Absicherung. Die Bundesregierung will die Sonderregeln bei Steuern und Sozialabgaben zurückfahren. Das ist überfällig.

Minijobs stehen aktuell wieder in der Kritik. Der Grund: Auf das Gehalt werden kaum Sozialversicherungsbeiträge und Steuern gezahlt. Das will die Rentenkommission der Bundesregierung ändern. Zwar gibt es noch keine Gesetze dazu, aber die Richtung der Reform ist mit dem Vorschlag der Kommission nun vorgegeben.

Minijobs führen häufig in die Armutsfalle

Rund sieben Millionen Menschen in Deutschland arbeiten als Minijobber*innen. Sie verdienen nicht mehr als 603 Euro im Monat. Rund zwei Drittel von ihnen sind Frauen. Diese Jobs sind einer der Gründe für die großen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland, den „Gender-Pay-Gap“.

Für die Betroffenen haben Minijobs weitere Folgen: Krankenversichert sind sie meist nur über Ehepartner*innen, oder im Fall von Studierenden über die Eltern. In die Pflegeversicherung wird gar nicht eingezahlt, von der Rentenversicherungspflicht können sich Minijobber*innen befreien lassen. Sie erwerben damit keine oder nur sehr geringe Rentenansprüche, auch auf Arbeitslosengeld I haben sie keinen Anspruch. Je länger solche Tätigkeiten andauern, umso größer ist später die Wahrscheinlichkeit, in Altersarmut zu rutschen oder im Fall einer Pflegebedürftigkeit von staatlicher Unterstützung abhängig zu sein. Die Hoffnung aus Zeiten der Hartz-Reformen, dass Minijobs zu einer Brücke in den regulären Arbeitsmarkt

werden, hat sich leider nicht erfüllt. Viele Minijobber*innen bleiben in der Teilzeitfalle hängen. Denn Arbeitgeber*innen haben oft gar kein Interesse daran, sozialversicherungspflichtige Jobs anzubieten, zahlen sie für diese doch deutlich mehr Steuern und Sozialabgaben. So gibt es einen umgekehrten Effekt: Reguläre Stellen werden in mehrere Minijobs umgewandelt. Das ist langfristig nicht nur für viele Betroffene schlecht, sondern auch für die sozialen Sicherungssysteme. Der Arbeitslosenversicherung, der Rentenversicherung, der Kranken- und Pflegeversicherung fehlen nämlich auch dadurch Beiträge. Angesichts der demografischen Entwicklung verschärfen sich so die Finanzierungsprobleme für den Sozialstaat immer mehr.

Es ist sinnvoll, Privilegien für Minijobs zu streichen

Deshalb ist richtig, dass die Expert*innen der Rentenkommission nun einen Kurswechsel bei den Minijobs empfehlen. Anreize für Minijobs sollen reduziert werden. Sollte ihre pauschale Besteuerung für Arbeitgeber*innen wie empfohlen von zwei Prozent auf fünf Prozent erhöht werden, wäre das ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die bereits beschlossene Anhebung des Arbeitgeberbeitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung ab dem kommenden Jahr führt in dieselbe, richtige Richtung. Das gleiche gilt für die empfohlene Einführung eines Arbeitgeberbeitrages für die Pflege-

versicherung. Die Anreize, reguläre Beschäftigung in Minijobs umzuwandeln, würden so deutlich abnehmen. Umgekehrt würden die Anreize für sozialversicherungspflichtige Jobs steigen.

Der lautstarken Kritik an der geplanten Reform ist entgegenzuhalten: Es geht nicht um die Abschaffung von Minijobs. Jede und jeder soll weiterhin selbst entscheiden können, wie oft und wie lange er oder sie arbeiten möchte. Es geht um die Abschaffung von Privilegien für Minijobs bei Steuern und Abgaben. Das bringt mehr Schutz für die Minijobber*innen vor Altersarmut, Arbeitslosigkeit und Problemen bei Pflegebedürftigkeit. Und es bedeutet mehr Einnahmen für die Sozialversicherungen.

Dass es höhere Beiträge für Arbeitgeber*innen und etwas weniger Netto vom Brutto für geringfügig Beschäftigte bedeutet, gehört zur Wahrheit dazu. Doch das wird durch die zahlreichen langfristigen Vorteile mehr als ausgeglichen. Deshalb sollte die Reform nun auch zügig angepackt werden. ♦



Lars Haferkamp, Redakteur des „Vorwärts“, schreibt regelmäßig meinungsstarke Kommentare und Newsletter.



Mehr dazu, welche Änderungen bei Minijobs geplant sind: vorwaerts.de/minijobs

Fotos: www.zamirnutritionovi.com/istock.adobe.com; Dirk Bleicker

Der lange Kampf des Samee Ullah für faire Bezahlung bei den Lieferdiensten

Von Kai Doering

Niedriglohnbereich. Eigentlich gilt für Arbeitnehmer*innen der Mindestlohn. Doch manche Subunternehmen von Lieferdiensten umgehen ihn. Ein Lieferando-Betriebsrat kämpft deshalb für ein Direktanstellungsgebot.



Viele Fahrer*innen sind nicht direkt bei Lieferdiensten wie Lieferando angestellt.

Dass er mal in Deutschland für die Rechte von Lieferfahrer*innen kämpfen würde, hätte sich Samee Ullah wahrscheinlich nie träumen lassen. Schließlich hatte er in seiner Heimat Pakistan den Beruf des Triebwerksmechanikers gelernt und Flugzeuge der pakistanischen Armee gewartet. Mit einem Arbeitsvisum kam er erst nach

Italien und kurz darauf nach Deutschland. Das war 2013. „Obwohl man mir gesagt hatte, Deutschland sei das Paradies für Ingenieure, war es nicht möglich, mit einem italienischen Arbeitsvisum in Deutschland zu arbeiten“, erinnert sich der 43-Jährige. Über Umwege gelang es Ullah schließlich doch, als Me-

chaniker von Windenergie-Anlagen zu arbeiten. „Die ganze Woche war ich quer durch Deutschland unterwegs“, erzählt er. Dann kam Corona. Die Reisen waren nicht mehr möglich. Samee Ullah musste sich nach einer neuen Arbeit umsehen.

„Auf Facebook habe ich eine Anzeige von Lieferando gesehen“, berichtet er. Schon zuvor hatte er anderen Zugewanderten die Arbeit für einen Lieferdienst empfohlen. „Das ist der ideale Job für Menschen, die nicht so gut Deutsch können“, findet Samee Ullah. Nun fuhr er mit einem Mal selbst Essen aus. „Das hat Spaß gemacht“, erinnert er sich. Er erhielt den Mindestlohn plus 50 Cent in der Stunde.

Ausbeutung der Fahrer*innen

Doch irgendwann häuften sich die Berichte, dass Fahrer*innen anderer Lieferdienste ausgebeutet werden. „Einige kamen zu mir, weil sie ihren Lohn nicht erhalten haben“, erinnert sich Samee Ullah. Schnell stellte sich heraus, dass sie nicht beim Lieferdienst selbst angestellt waren, sondern bei einem Subunternehmer, der viele Standards inklusive des Mindestlohns unterließ. „Wir haben dann eine Demo organi-

siert“, berichtet Ullah. So begann sein Kampf für Arbeitnehmerrechte. Im vergangenen Jahr wurde Samee Ullah in den Betriebsrat von Lieferando gewählt. Er fährt nun kein Essen mehr aus – und verdient deutlich weniger Geld. „Wenn ich liefern würde, hätte ich Zuschläge, Trinkgeld, Kilometergeld und könnte Überstunden machen.“ Doch im Moment sei der Einsatz für die Kolleg*innen wichtiger. Denn während Lieferando im Vergleich zu anderen Lieferdiensten lange auf festangestellte Fahrer*innen gesetzt hat, geht das Unternehmen inzwischen auch mehr und mehr zur Zusammenarbeit mit Subunternehmen über. Hier werden die „Rider“ oft deutlich schlechter bezahlt, etwa indem die Zeit, in der sie auf neue Lieferungen warten, nicht vergütet wird.

Kein Vertrag, kein Geld

„Niemand kontrolliert die Arbeitszeit, manchmal steht am Ende des Arbeitstages nur ein Verdienst von 70 bis 80 Euro, obwohl die Rider zwölf Stunden



Samee Ullah setzt sich als Betriebsrat für seine Kolleg*innen in der Lieferdienstbranche ein.

unterwegs sind“, berichtet Samee Ullah. Viele Fahrer*innen hätten nicht mal einen Arbeitsvertrag und erhielten kein Geld, wenn sie krank würden oder sich bei der Arbeit verletzten. Und das in einem Bereich, der seit Jahren boomt.

Gemeinsam mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und dem DGB gingen viele Fahrer*in-

nen deshalb am 20. Mai in Berlin auf die Straße, um für ein Direktanstellungsgebot bei den Lieferdiensten zu demonstrieren. Auch eine Petition wurde gestartet. Ein Direktanstellungsgebot „verpflichtet Unternehmen, Beschäftigte im eigenen Kerngeschäft direkt anzustellen. Der Einsatz von Werkverträgen, Fremdpersonal und Leiharbeit in diesem Bereich ist also verboten“, erklärt die NGG auf

»Manchmal steht am Ende des Arbeitstages nur ein Verdienst von 70 bis 80 Euro.«

Samee Ullah, Lieferando-Betriebsrat

ihrer Internetseite. Sogenannte Schattenflotten würde damit unzulässig. Samee Ullah will diesen Kampf gewinnen – auch wenn er sich eigentlich nie in die Politik in seiner neuen Heimat einmischen wollte. Er sagt: „Ich bin hier Bürger, also muss ich meine Privilegien nutzen.“ ♦

Anzeige

Foto: Kai Doering/Vorwärts

Foto: IMAGO/Udo Herrmann

WIR SIND DIE FAIR-GEGENÜBER-JUGENDLICHEN-VERSICHERUNG.

Die PKV legt Geld für höhere Behandlungskosten im Alter zurück. So sind alle Versicherten ihr Leben lang gut versorgt – ohne damit die jüngeren Generationen zu belasten.

Mehr Informationen unter: www.pkv.de/besser-für-alle

PKV
Verband der Privaten Krankenversicherung



Annika Klose ist Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion. Sie gehört dem Forum Demokratische Linke (DL21) an.

»Ich glaube nicht, dass wir einen Niedriglohnbereich brauchen«

Arbeitsmarkt. Arm trotz Arbeit? In Deutschland ist das keine Seltenheit. Die SPD-Sozialpolitikerin Annika Klose erklärt, warum der Mindestlohn allein nicht reicht, um die Lage von Beschäftigten im Niedriglohnsektor zu verbessern.

Interview: Nils Michaelis

Nicht nur Arbeitslose drohen in Deutschland in Armut abzurutschen. Rund 16 Prozent der Beschäftigten, also etwa 6,3 Millionen Menschen, verdienen im Jahr 2025 weniger als 14,32 Euro brutto pro Stunde – beziehungsweise maximal 2.500 Euro brutto als Vollzeitkraft im Monat. Damit lagen sie unterhalb der Niedriglohnschwelle. Annika Klose, Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, setzt auf mehr Tarifbindung und ein einen starken Sozialstaat, um die Lage der Betroffenen zu verbessern.

Der im internationalen Vergleich große Niedriglohnbereich in Deutschland ist ein Erbe der Hartz-Reformen. Brauchen wir ihn, um auch Geringqualifizierten eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu geben, wie es seinerzeit hieß?

Ich glaube nicht, dass wir einen Niedriglohnbereich brauchen, sondern Arbeit, von der man gut leben kann, unabhängig von der beruflichen Qualifikation. Arbeit, die auch so viel abwirft, dass man später eine gute Rente hat. Gleichzeitig müssen wir schauen, wie wir für Geringqualifizierte Chancen auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Wir müssen sie bei der weiteren Qualifizierung unterstützen und mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik dafür sorgen, dass sie in gute

Jobs kommen. Dafür braucht es zudem eine Wirtschaftspolitik, die auch gut bezahlte Arbeitsplätze sichert und zukünftig wieder schafft.

Menschen, die sich täglich abrackern, und trotzdem kaum über die Runden kommen oder aufstocken müssen: Welches politische Angebot hat die SPD für sie?

Menschen, die niedrige Löhne haben, sollten über den Mindestlohn, den wir eingeführt haben, abgesichert werden. Wir als SPD wollen, dass er so stark steigt, dass man nach 45 Arbeitsjahren eine gute Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung hat. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro im Jahr 2022 haben wir einen sehr großen Sprung gemacht. Zudem haben wir mit den vorgelagerten Sozialleistungen dafür gesorgt, dass auch Menschen, die niedrige Einkommen haben, von ihrem Lohn leben können. Wir haben das Kindergeld deutlich erhöht, den Kinderzuschlag eingeführt, und das Wohngeld deutlich ausgeweitet. All das sind Schritte, die Menschen mit einem geringen Lohnniveau helfen.

»Mit der Erhöhung des Mindestlohns haben wir einen großen Sprung gemacht.«

Annika Klose, SPD-Sozialpolitikerin

gibt. Das bedeutet: Bundesgeld darf bei öffentlichen Aufträgen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die entweder einen Tarifvertrag haben oder nach Tarifstandards bezahlen. Auch die allermeisten Bundesländer haben ein Tariftreuegesetz, in Berlin gilt ein Vergabemindestlohn.

Was haben Kellner*innen oder Kassierer*innen im Supermarkt davon, die mit öffentlichen Aufträgen in der Regel nichts zu tun haben?

Bei diesen Bereichen muss man dafür sorgen, dass die Tarifverträge so ausgeweitet werden, dass sie einfacher für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Ein Sozialpartner kann einen Antrag stellen und dann befindet der Tarifausschuss darüber, ob ein Tarifvertrag für die gesamte Branche gilt. So würde man auch Unternehmen, die keinen Tarifvertrag haben, einbeziehen und damit entsprechende Standards festlegen. Die Hürden dafür sind aber relativ hoch, sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmervertreter*innen müssen im Tarifausschuss zustimmen. In den skandinavischen Ländern sind solche Branchen-Tarifverträge sehr verbreitet. Darin sehe ich ein Vorbild für Deutschland.

Malte Lübker vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung setzt auf mehr Tarifbindung und verweist auf die nordischen Länder, Frankreich und Italien, um Beschäftigte gerade im Einzelhandel und im Gastgewerbe besserzustellen. Wie könnte Deutschland in diesen Branchen zu mehr Tarifbindung kommen?

Ich will viel mehr Tarifbindung und ich halte es für einen ziemlichen Skandal, dass sich immer mehr Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aus dieser Sozialpartnerschaft und den Arbeitgeberverbänden zurückziehen. OT-Mitgliedschaften, also ohne Tarifbezahlung Mitglied zu sein, sollte man unterbinden. Die SPD hat in dieser Wahlperiode durchgesetzt, dass es zum ersten Mal ein Bundestariftreuegesetz

Welche weiteren Instrumente, neben einer Mindestlohnenerhöhung und der Ausweitung von Tarifverträgen, gibt es, um die Lage der Beschäftigten im Niedriglohnbereich zu verbessern?

Man sollte die Mitbestimmungsstruktur, also die Betriebsräte, stärken und besser schützen. Betriebsräte haben viele Möglichkeiten, den steigenden Druck auf Beschäftigte zu mindern und die Situation zu verbessern. Wenn Arbeitgeber*innen Betriebsratswahlen verhindern, muss dies als Straftatbestand gelten. Das ist bislang nicht der Fall. ♦



Das vollständige Interview lest ihr hier: vorwaerts.de/niedriglohnbereich

Anzeige

150 Jahre VORWÄRTS

Wir gratulieren herzlich und wünschen eine erfolgreiche digitale Zukunft!



WIRTSCHAFTS
FORUM
DER SPD E.V.

spd-wirtschaftsforum.de
womeninlead.de
junges-wirtschaftsforum.de
blog-bpoe.com



Warum der Mindestlohn eine Erfolgsgeschichte ist

Von Carl-Friedrich Höck

Niedriglohnsektor. Arm trotz Arbeit? Dagegen sollte der Mindestlohn helfen. Rund zehn Jahre nach seiner Einführung zeigt sich: Millionen Beschäftigte profitieren, der Niedriglohnsektor ist geschrumpft. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Wie viele Menschen in Deutschland arbeiten im Niedriglohnsektor?

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zählen rund 6,3 Millionen Jobs zum Niedriglohnsektor (Stand April 2025). Das bedeutet, dass 16 Prozent aller Arbeitnehmer*innen in Deutschland im Niedriglohnsektor beschäftigt sind. Besonders im Gastgewerbe ist schlechte Bezahlung an der Tagesordnung: Hier zählt jede*r zweite Beschäftigte zum Niedriglohnsektor. Ähnlich sieht es in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft aus.

Ab wann gilt ein Gehalt als Niedriglohn?

Die Grenze zum Niedriglohnsektor ist dann unterschritten, wenn die Arbeitnehmer*innen weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttostundenlohns verdienen. Damit ist nicht der Durchschnittslohn gemeint, sondern der Medianlohn. Das bedeutet: Eine Hälfte der Bevölkerung bekommt mehr als den mittleren Stundenlohn und die andere Hälfte weniger. Im April 2025 lag die Schwelle zum Niedriglohn in Deutschland bei 14,32 Euro. Zum Vergleich: Der Mindestlohn betrug zu dieser Zeit 12,82 Euro. Übrigens: Auszubildende werden nicht zum Niedriglohnsektor gezählt.

Arbeitsmarkt
6,3 Mio.
Jobs in Deutschland
zählen zum Niedriglohnsektor,
fast jede*r sechste
Beschäftigte ist betroffen.

51 %
aller Beschäftigungs-
verhältnisse im Gastgewerbe
lagen im April 2025
im Niedriglohnbereich.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Warum ist der Niedriglohnsektor in Deutschland so groß geworden?

In zahlreichen Ländern entstanden in den 1980er- und 1990er- Jahren große Niedriglohnsektoren – als Folge der Globalisierung und politischer Reformen. In Deutschland dagegen ging der Anteil der gering bezahlten Arbeitnehmer*innen in den 1990er-Jahren sogar zurück. Für die allermeisten Beschäftigten galten Tarifverträge, die allzu niedrige Löhne verhinderten. Gleichzeitig hatte Deutschland damals

aber auch mit einer hohen Arbeitslosenquote zu kämpfen.

Mit den Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung vergrößerte sich der deutsche Niedriglohnsektor in den 2000er-Jahren. Das war beabsichtigt, denn damals erwarteten viele Politiker*innen und Ökonom*innen, dass Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen so der Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert würde. Die Bundesregierung erhöhte den Druck auf Arbeitslose, auch schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Doch die Hoffnung, der Niedriglohnsektor könne für Arbeitslose zum Sprungbrett in bessere Jobs werden, erfüllte sich nicht. Stattdessen landeten Millionen Menschen in der sogenannten Niedriglohnfalle.

Mindestlohn seit 2015: Was hat sich für Beschäftigte verbessert?

Der Mindestlohn wurde 2015 von der SPD durchgesetzt. Anfangs lag er bei 8,50 Euro pro Stunde, in den kommenden Jahren wurde der Mindestlohn schrittweise angehoben. Das hatte Folgen: Zwischen 2014 und 2024 ist die Zahl der Niedriglohnjobs in Deutschland um 1,3 Millionen gesunken. In Ostdeutschland war der Effekt des Mindestlohns besonders groß: Der Anteil der Niedriglohn-Jobs an allen

Beschäftigungsverhältnissen halbierte sich fast und sank von 35 auf 18 Prozent.

Für knapp vier Millionen Beschäftigte bedeutete die Einführung des Mindestlohns eine Gehaltserhöhung, teils sogar eine kräftige: Rund 1,5 Millionen Arbeitnehmer*innen, die 2015 zum Mindestlohn von 8,50 Euro arbeiteten, hatten im Vorjahr noch weniger als sechs Euro pro Stunde verdient.

Warum gibt es trotz Mindestlohn weiterhin Armut trotz Arbeit?

Viele Arbeitnehmer*innen, die den Mindestlohn erhalten, arbeiten nicht in Vollzeit – etwa, weil sie sich nebenher auch um Kinder kümmern oder Angehörige pflegen müssen. Oft handelt es sich bei den Beschäftigungsverhältnissen um Teilzeit- oder Minijobs. 2025 betrug die durchschnittliche Wo-

chenarbeitszeit der Beschäftigten mit Mindestlohn-Jobs nur 13,9 Stunden.

Doch selbst eine Vollzeitstelle garantiert nicht immer ein ausreichendes Einkommen. Für einen Alleinstehenden mag der Mindestlohn zum Leben reichen, sofern davon nicht zu viel Geld für die Miete draufgeht. Um eine Familie zu versorgen, ist es oft zu wenig.

Ein Problem besteht darin, dass die Tarifbindung in Deutschland gesunken ist. Nicht einmal für die Hälfte aller Arbeitnehmer*innen gilt ein Tarifvertrag. Zum Vergleich: Mitte der 1990er-Jahre lag die Tarifbindung noch bei rund 90 Prozent.

Wer legt die Höhe des Mindestlohns fest?

Eine Mindestlohnkommission schlägt alle zwei Jahre vor, wie der Mindestlohn angepasst werden sollte. In der

Kommission sind Arbeitgeber und Gewerkschaften mit jeweils drei stimmberechtigten Mitgliedern vertreten. Hinzu kommen der oder die Vorsitzende und zwei beratende Mitglieder. Die Kommission berücksichtigt verschiedene Faktoren wie Wettbewerbsbedingungen oder die Entwicklung der Tariflöhne. Seit 2025 soll auch der Referenzwert von 60 Prozent des Medianlohns aller Vollzeitbeschäftigten in die Bewertung einfließen. Die Kommission orientiert sich also ungefähr an der jeweils geltenden Niedriglohnschwelle.

Aktuell beträgt der Mindestlohn 13,90 Euro. Im kommenden Jahr wird er auf 14,60 Euro steigen. ♦

 Warum besonders Frauen unter Niedriglöhnen leiden: vorwaerts.de/mindestlohn



Foto: Mediennunft Berlin/stock.adobe.com

Für viele Reinigungskräfte, Friseur*innen oder Einzelhandelsverkäufer*innen bedeutete die Einführung des Mindestlohns eine Lohnerhöhung.

Teure Mieten: So hart ist die Wohnungssuche für junge Menschen

Von Carl-Friedrich Höck

Wohnungsmarkt. Gerade für junge Menschen kann sich die Suche nach einem neuen Zuhause wie ein Überlebenskampf anfühlen. In Städten sind Wohnungen für sie oft unbezahlbar. Zwei Studierende erzählen, was sie erlebt haben.



Demonstration gegen überhöhte Mieten in Berlin (2024). Auf überteuerte Mini-Apartments stoßen Wohnungssuchende auch in anderen Städten.

In Rankings zu Deutschlands begehrtesten Städten taucht Bielefeld nur selten auf. „Nicht so der place to be“ sei die Stadt, meint auch Charlotte Schäfer. Trotzdem sei es sogar hier mittlerweile schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Die 22-Jährige lebt seit zweieinhalb Jahren in der nordrhein-westfälischen Stadt. Zunächst zog sie in eine Wohngemeinschaft. Im vergangenen Jahr wollte sie eine Wohnung für sich und ihren Partner finden – und hatte monatelang keinen Erfolg. Schäfer und ihr Partner wünschten sich eine Zwei-Zimmer-

Wohnung, die nicht mehr als 850 Euro warm kostet. Die meisten Angebote lagen deutlich darüber. „Das konnten wir uns nicht leisten“, sagt Schäfer. Abgesehen davon hätten sich Wohnungsanbieter auf Anfragen oft gar nicht erst zurückgemeldet.

BAföG-Pauschale reicht oft nicht aus

Das Paar studiert, beide haben nebenher auch einen Job. In ihren Bewerbungen konnten sie stets anbieten, eine Bürgschaft der Eltern vorzulegen. Damit seien sie und ihr Partner gegen-

über anderen jungen Wohnungssuchenden eigentlich privilegiert, meint Schäfer. Wenn sie schon Schwierigkeiten hätten, frage sie sich, wie andere Menschen zurechtkommen sollen. Schäfer erzählt: Eine Freundin sei, als sie nach Bielefeld zog, in einer weit abgelegenen WG gelandet. Für ein winziges Zimmer musste sie 450 Euro Miete zahlen. Ein anderer Freund sei nach vergeblicher Wohnungssuche „auf einer Art Bauernhof gelandet“, in einem ausgebauten Dachboden. Das alte Haus lag außerhalb der Stadt, abends fuhr kein Bus mehr. Selbst dort musste er

rund 400 Euro für sein Zimmer bezahlen. Zum Vergleich: Wer BAföG bezieht, bekommt eine Wohnkostenpauschale von maximal 380 Euro. „In München oder Stuttgart würde ich nicht leben wollen bei den Mieten“, sagt Charlotte Schäfer.

Hohe Aufschläge für möblierte Wohnungen

Deutschlands zweitteuerste Mieterstadt ist Frankfurt am Main. Wer hier auf einem großen Immobilienportal nach Wohnungen sucht, bekommt zum Beispiel eine möblierte 1-Zimmer-Wohnung im Stadtteil Westend angeboten: 27 Quadratmeter, 800 Euro Kaltmiete. Das entspricht knapp 30 Euro pro Quadratmeter, obendrauf kommen noch Neben- und Heizkosten. Die Annonce ist kein Einzelfall, viele Mini-Wohnungen werden möbliert zu ähnlichen Preisen angeboten.

800 €

Kaltmiete kostet eine 27-Quadratmeter-Wohnung in Frankfurt.

Quelle: immobilenscout24.de

Die Bundesregierung will nun das Mietrecht verschärfen, um gegen Abzocke auf dem Wohnungsmarkt vorzugehen. Zuschläge für möblierte Wohnungen sollen transparenter gemacht und in der Höhe begrenzt werden. Auch Indexmietsteigerungen will Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) in angespannten Wohnlagen begrenzen. Florian Lzicar wohnt in Frankfurt und kennt die Probleme. „Teilweise werden für einfache Möbel horrenden Summen auf die Miete aufgeschlagen“, erzählt der 25-jährige Student. Viele Vermieter*innen setzten auf Staffel- oder Indexmieten, „wodurch die Mieten automatisch und regelmäßig weiter steigen – unabhängig davon, ob sich die Wohnqualität verbessert oder nicht.“ Für Mieter*innen bedeute dies finanzielle



Überteuerte Mini-Wohnungen: Florian Lzicar klagt über horrenden Mieten in Frankfurt.

Unsicherheit. Viele Menschen hätten Angst, sich das Wohnen in Frankfurt langfristig nicht mehr leisten zu können. Insbesondere für Studierende, junge Berufstätige und Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen sei es zunehmend schwierig, eine Wohnung zu finden.

Mietpreisbremse wird ausgehebelt

Lzicar war erst vor kurzem auf der Suche nach einer Zweiraumwohnung für sich und seine Freundin. Schnell merkten sie, dass sie in zentraler Lage nichts Bezahlbares finden würden. Zwar gilt in Frankfurt die Mietpreisbremse,



Teures Bielefeld: Charlotte Schäfer suchte monatelang nach einer bezahlbaren Wohnung für ihren Partner und sich.

doch sie werde in der Praxis oft umgangen, berichtet Lzicar. „Im Vertrag steht meistens drin, dass beide Seiten darauf verzichten.“ Das Paar plante mit 1.200 Euro Warmmiete für rund 50

»Teilweise werden für einfache Möbel horrenden Summen auf die Miete aufgeschlagen.«

Florian Lzicar, Juso aus Frankfurt

Quadratmeter. Für beliebte Gegenden reichte das Budget nicht. Dort würden oft mehr als 30 Euro pro Quadratmeter verlangt, erzählt Lzicar. Letztlich hatte er Glück, dass er in einem weniger zentralen Bezirk eine Wohnung gefunden hat. Sie gehört keinem großen Unternehmen, sondern einem Ehepaar. Auch Schäfer und ihr Partner sind in Bielefeld nach drei Monaten fündig geworden: Bei einer Genossenschaft, in einer vom Staat geförderten Wohnung mit entsprechend günstiger Miete.

Wohnungssuche: Eine Frage der Gerechtigkeit

Lzicar und Schäfer engagieren sich beide politisch und gehören dem Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen an. Charlotte Schäfer ärgert es, dass Privilegien und soziale Ungleichheiten auch unter Studierenden noch immer eine so große Rolle spielen. Es müsse gerechter zugehen, findet sie, sodass man sich bilden könne, anstatt sich mit existenziellen Sorgen herumzuschlagen.

Sie selbst sei während der langen Wohnungssuche hoffnungsvoll geblieben, erinnert sich Schäfer. Schließlich hatte sie noch ihr WG-Zimmer und musste keine Angst haben, plötzlich ohne Unterkunft dazustehen. Im Vergleich zu anderen Studierenden sei ihre Ausgangslage auf dem Wohnungsmarkt gut gewesen, meint die junge Sozialdemokratin. „Aber für alle anderen ist es halt scheiße.“ ♦



So soll das Wohnen wieder bezahlbar werden

Von Karin Billanitsch

Mietrechtsreform. Bezahlbarer Wohnraum ist rar und die Mieten steigen immer weiter. Mit einer Reform will Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) den Mieterschutz stärken. Die wichtigsten Punkte.

Die Bundesregierung will die Regeln im Mietrecht anpassen. Ihr Gesetzentwurf („Mietrecht II“) soll bald vom Bundestag beschlossen werden. Was Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) plant:

Indexmieten deckeln

Nicht selten sind im Mietvertrag Indexmieten vereinbart: Wenn die Lebenshaltungskosten steigen, dann steigt auch die Miete. Die Mietpreisbremse gilt nur für die ursprünglich vereinbarte Miete. Nun sollen die Indexmietsteigerungen in angespannten Wohnungsmärkten gedeckelt werden. Oberhalb einer jährlichen Inflationsrate von drei Prozent darf dann nur noch die Hälfte der Steigerung geltend gemacht werden. Das bedeutet: Bei einer Inflationsrate von fast sieben Prozent wie im Jahr 2022 darf die Miete nur um fünf Prozent erhöht werden.

Regeln für möbliertes Wohnen

Manche Vermieter*innen verlangen saftige Zuschläge für möblierte Wohnungen und umgehen so faktisch die Mietpreisbremse. Mieter*innen können

nicht immer nachvollziehen, welche Summe für die mitvermieteten Möbel aufgerufen wird und welche für die Wohnung selbst. Das soll sich ändern. Der Zuschlag muss künftig gesondert ausgewiesen werden. Es gelten überprüfbare Vorgaben, an die Vermieter*innen sich halten müssen: Der monatliche Zuschlag muss angemessen sein und darf als Obergrenze nur ein Prozent des Zeitwerts der Möbel betragen. Für voll möblierte Wohnungen sollen Vermieter*innen eine erlaubte Pauschale von höchstens zehn Prozent der Nettokaltmiete ansetzen dürfen.

Frist für Kurzzeitmietverträge

Nach altem Recht gilt die Mietpreisbremse bei Vermietungen zum „vorübergehenden Gebrauch“ nicht. Bisher war unscharf geregelt, was „vorübergehend“ hier bedeutet. Geplant ist nun, Kurzzeitmietverträge „für einen besonderen vorübergehenden Bedarf“ auf sechs Monate zu begrenzen. Das kann ein Praktikum oder ein befristeter Arbeitsvertrag sein. Eine einmalige Verlängerung soll nach dem Entwurf möglich sein, wenn sich nach Beginn

des Mietverhältnisses ein längerer Bedarf ergibt.

Schonfrist bei Zahlungsverzug

Mieter*innen, die mit ihrer Miete in Verzug geraten sind und denen deswegen gekündigt wurde, können die Kündigung mit einer Nachzahlung innerhalb einer Schonfrist noch abwenden. Sie haben nach Zustellung der Räumungsklage zwei Monate Zeit, die ausstehenden Mieten zu bezahlen. Bisher galt diese Regelung jedoch nur bei einer fristlosen Kündigung. Künftig sollen Mieter*innen diese Möglichkeit auch dann erhalten, wenn sie eine ordentliche Kündigung bekommen haben. Das hilft Menschen, die einmalig einen vorübergehenden finanziellen Engpass haben, und soll sie vor dem Verlust der Wohnung schützen.

An einer Stelle kommt die Reform auch den Vermieter*innen entgegen. Weil Modernisierungskosten gestiegen sind, steigt die Wertgrenze, bis zu der sie Modernisierungskosten im vereinfachten Verfahren auf die Miete umlegen dürfen, von 10.000 auf 20.000 Euro. ♦



Fortschritt braucht eine klare Stimme

Der wirtschaftliche Umbau und die Sicherung des sozialen Zusammenhalts fordern die Politik heraus. Umso wichtiger ist es, auf der Höhe der Zeit zu kommunizieren – mit klarer Haltung.

Von Matthias Miersch, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der „Vorwärts“ wird 150 Jahre alt. Er war immer das zentrale Forum für die großen Debatten der Sozialdemokratie. Jetzt wandelt er sich. Er wird jünger, digitaler und schneller. Das ist der richtige Schritt. Eine Partei mit Führungsanspruch muss auf der Höhe der Zeit kommunizieren. Die mediale Form ändert sich. Die politische Haltung bleibt.

Die SPD hat eine eindeutige Aufgabe

Diese Haltung brauchen wir mehr denn je. Die Landtagswahlen in Ostdeutschland zeigen, unter welchem massiven Druck unsere Demokratie steht. Verunsicherung treibt Wähler an die extremen Ränder. Es nützt nichts, diese Realität schönzureden. Wir müssen die Antworten in der praktischen Politik geben. Mit Blick auf die Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gilt: Wir überlassen den Populisten nicht das Feld. Die Verunsicherung hat handfeste Ursachen. Wir agieren in einem hochgradig instabilen internationalen Umfeld. Putins Russland zwingt uns, unsere Verteidigungsfähigkeit massiv und dauerhaft zu erhöhen. Auf einen amerikanischen Präsidenten Trump können wir uns sicherheitspolitisch nicht mehr verlassen. Hinzu kommt die unberechenbare Lage

im Nahen Osten. Die Eskalation an geopolitischen Nadelöhren wie der Straße von Hormus träge unsere Lieferketten und Energiepreise unmittelbar. Der Staat muss in solchen Szenarien jederzeit handlungsfähig sein, um die heimische Wirtschaft zu schützen und die Bürger schnell zu entlasten. Äußere Stärke und innere soziale Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden.

Es wird deutlich, dass Deutschland sich weiterhin mitten in einem steilen Anstieg befindet. Der wirtschaftliche Umbau und die Sicherung des sozialen Zusammenhalts fordern uns maximal heraus. Die SPD hat in dieser Phase eine eindeutige Aufgabe: Wir müssen den Sozialstaat verteidigen und ihn gleichzeitig zukunftsfest machen. Das bedeutet konkrete Sicherheit im Alltag. Wir organisieren verlässliche Renten und eine bezahlbare Pflege. Bis zum Jahresende füllen wir die Empfehlungen der Alterssicherungskommission mit Leben. Mehr Menschen zahlen künftig in die Rente ein, mehr Schultern tragen das System.

Mit der Facharztgarantie beenden wir eine Ungerechtigkeit, die niemand medizinisch begründen kann: dass gesetzlich Versicherte länger auf einen Termin warten als privat Versicherte. Das Kindergeld

wird künftig ohne Antrag ausgezahlt. Und wir erhöhen zum ersten Mal seit fast zwanzig Jahren die Reichensteuer, während wir kleine und mittlere Einkommen entlasten. Es geht dabei immer um Solidarität und um eine gerechtere Verteilung. Das ist unser Kompass.

Kompromisse statt Stillstand

Wir brauchen dafür einen handlungsfähigen Staat. Einen Staat, der klug investiert und Sicherheit garantiert. Wir brauchen keinen Staat, der sich in endlosen Berichtspflichten verliert. Wir bauen deshalb überflüssige Bürokratie ab und beschleunigen Prozesse. Nur eine starke, wachsende Wirtschaft kann einen modernen Sozialstaat finanzieren. Beides gehört für uns untrennbar zusammen. In einer Koalition zu regieren heißt, Kompromisse einzugehen, die wehtun. Auf beiden Seiten. Wer sich in die reine Lehre flüchtet, sorgt für Stillstand und überlässt am Ende anderen das Land. Wir haben in den vergangenen Monaten mehr durchgesetzt, als uns viele zugetraut haben. Davon müssen wir nun erzählen. Der „Vorwärts“ wird dabei so streitbar bleiben, wie er es 150 Jahre lang war. Nur eben in anderer Form. Auf die kommenden 150 Jahre. ♦

Impressum Verlags-Sonderveröffentlichung

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion, Derya Türk-Nachbaur, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin, V. i. S. d. P.
Anschrift: SPD-Bundestagsfraktion, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Von Nils Michaelis

Rechtsextremismus. Chantal Messing brachte den SPD-Antrag für ein AfD-Verbotsverfahren auf den Weg. Von ihrem Ziel lässt sie sich trotz Gegenwind und Anfeindungen im Netz nicht abbringen.

Kampf gegen die AfD: Was diese SPD-Politikerin antreibt

Manchmal wird Chantal Messing von der AfD um den Schlaf gebracht. Weniger dadurch, dass die Rechtsaußen-Partei die Demokratie verspottet, gegen die Menschenwürde hetzt und sich mit Neonazis verbrüdert. Das ist für die Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Meerbusch in Nordrhein-Westfalen längst keine Überraschung mehr. Nein, es sind abfällige und völlig aus dem Zusammenhang gerissene Bemerkungen unter ihren Posts in den Sozialen Netzwerken. So wie neulich bei einer Einladung zu einem Vernetzungstreffen der SPD mit Currywurst

und Livemusik. Immer wieder ist die 43-Jährige bis spät in die Nacht damit beschäftigt, Kommentare, die sie der AfD-Blase zuordnet, zu löschen. „Ich erlebe im digitalen Raum eine systematische Zermürbungstaktik“, sagt Messing. „Manche fühlen sich zwar auch im realen Leben ermutigt, uns ihre Meinung ins Gesicht zu sagen, in der Regel geschieht das aber, ohne dabei respektlos zu werden.“ Jedoch: „Im Netz sieht das anders aus. Beleidigungen sind Alltag und Tausende machen mit. Die AfD nutzt diesen Raum bewusst für ihren Rotz.“

Sie drängt die SPD zum Handeln

Dass Chantal Messing so viel unerwünschte Aufmerksamkeit erfährt, hat Gründe. Im kommenden Jahr kandidiert sie bei der Landtagswahl in NRW für die SPD. Vor allem aber war sie eine der ersten in ihrer Partei, die

sich für ein AfD-Verbotsverfahren eingesetzt hat. Vor bald drei Jahren brachte sie einen Initiativantrag für einen Prüfauftrag auf den Weg, der Ende 2023 vom SPD-Bundesparteitag beschlossen wurde. Beim Bundesparteitag im Juni 2025 legte sich die SPD darauf fest, sich auf allen Ebenen für die Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD starkzumachen.

Messings Motivation hat nur wenig damit zu tun, wie sie die AfD vor Ort

erlebt. Politisch spielen die Rechtsextremen in Meerbusch keine große Rolle. Bei der jüngsten Kommunalwahl holte die AfD in der Kleinstadt bei Düsseldorf mit gut sechs Prozent nur drei Mandate im Stadtrat.

Es ist eine andere, persönliche Erfahrung, die Chantal Messing antreibt. Im Jahr 2023 besuchte die dreifache Mutter einen Soldatenfriedhof in den Niederlanden, wo auch Tausende im Zweiten Weltkrieg verstorbene Jugendliche begraben sind. Dort hatte eine Mutter für ihr verstorbenes Kind eine Glocke installieren lassen, die zu einer bestimmten Stunde läutet. „Als ich an diesem Grab stand und die Glocke hörte, löste das etwas in mir aus“, berichtet Messing. „In den Nächten danach träumte ich immer wieder davon, wie ich in Zukunft um meine Kinder traue. Da wurde mir klar, dass ich etwas tun muss, damit sich diese schreckliche Zeit nicht wiederholt.“

Aber auch der Blick über den Teller war für Messing entscheidend:

Der seit Jahren wachsende Zulauf für die AfD, gerade in den ostdeutschen Ländern, bereitete ihr Kopfzerbrechen. Zeitweise scheute sich die Diplom-Finanzwirtin, ihre in Mecklenburg-Vorpommern lebende Mutter zu besuchen, weil sie keine Lust hatte, auf so viele AfD-Anhänger*innen zu treffen. „Dass das keine Lösung ist, war mir klar“, betont Messing. Deshalb unterstützte sie während des Bundestagswahlkampfes 2021 den SPD-Kandidaten Erik von Malottki, der später das Direktmandat in seinem Wahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern holte.

Auch Bekannte verändern sich

Zugleich war Chantal Messing klar, dass die AfD kein „ostdeutsches Phänomen“ sei, wie sich auch in ihrem privaten Umfeld zeigte. „In einem Teil meines Bekanntenkreises haben sich die politischen Einstellungen in den letzten Jahren stark verschoben“, erzählt sie. „Mit einem früheren Nachbarn aus Köln konnte ich damals noch gut und auf Augenhöhe diskutieren. Jahre später musste ich mit Verwunderung feststellen, dass er als Oberbürgermeisterkandidat für die AfD in der Domstadt antrat und Freude am Pöbeln entwickelt hatte.“

So wuchs in Messing der Drang, etwas gegen den Rechtsruck zu tun. In ihrem SPD-Ortsverein organisierte sie eine Mehrheit für den besagten Initiativantrag für den Prüfauftrag eines AfD-Verbotsverfahrens. In vielen Einzelgesprächen widmete sie sich den Bedenken ihrer Genoss*innen und überzeugte auch die größten Skeptiker*innen. Die Arbeitsge- →

meinschaft der SPD-Frauen in Nordrhein-Westfalen, deren Vorstand sie angehört, unterstützte sie dabei. Trotz Gegenwind aus der eigenen Partei konnte Messing die nötigen 50 Unterschriften für den Antrag sowie die Bundestagsabgeordnete Carmen Wegge als Fürsprecherin gewinnen. Am Ende brachte der damalige SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert den Antrag auf dem Bundesparteitag 2023 ein.

Verfahren geht nicht voran

Sehr viel getan hat sich seitdem nicht. Im Mai 2025 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Nach einer Klage der AfD vermeidet die Behörde diese Einstufung öffentlich. Der Rechtsstreit läuft noch. Im Juni veröffentlichte die Gesellschaft für Freiheitsrechte ein

Gutachten, in dem die AfD als verfassungswidrig eingestuft und ein Verbotsverfahren als „wahrscheinlich erfolgreich“ eingeschätzt wird. Doch das dafür nötige gemeinsame Vorgehen von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat liegt in weiter Ferne, nicht zuletzt wegen Bedenken in der Union.

An der SPD-Basis wächst die Erwartung, über so ein Verfahren nicht mehr nur zu reden, sondern es endlich einzuleiten. Auch Chantal Messing wird langsam ungeduldig. Von dem Ansatz, die AfD politisch zu stellen und sie so zu bekämpfen, hält sie wenig. „Es ist fatal und sinnlos, sich mit der AfD inhaltlich auseinanderzusetzen zu wollen und zu glauben, man könne sich dabei profilieren“, sagt sie. Das Gegenteil sei der Fall. Meistens laufe es so: „Man sagt etwas, und die AfD fängt mit einem ganz anderen Thema

an. Wenn wir über Wohnungsbau reden, kommt die Aussage: ‚Die Migranten nehmen uns die Wohnungen weg.‘ Und so weiter. Die AfD sei auf Empörung, Spaltung, Zermürbung und Zersetzung ausgerichtet. „Am Ende sollen alle Menschen glauben, ‚die da oben‘ könnten es nicht und die Ausländer*innen seien an allem schuld.“ Für Messing ist klar: „Ich diskutiere nicht mit AfD-Politiker*innen.“

SPD soll für das Verbot kämpfen

Von der SPD-Spitze wünscht sie sich, dass sie „die Kraft besitzt, erfolgreiche Überzeugungsarbeit in der Union zu leisten und das auch nach innen und außen zu tragen, anstatt zu erklären, dass Teile der Union so ein Verfahren kritisch sehen“. Für die Umsetzung des Bundesparteitagsbeschlusses „müssen wir als SPD geschlossen und erkennbar kämpfen – nicht nur an der Basis“. ♦

Stadtrat als Bühne für Hetze: Warum die Leipziger SPD auf ein AfD-Verbot drängt

Von Nils Michaelis

Kommunalpolitik. Leipzigs SPD-Vorsitzender Benjamin Schulz erlebt tagtäglich, warum die AfD keine Partei wie jede andere ist. Im Interview warnt er davor, die Partei weiter zu normalisieren oder sie die politische Agenda bestimmen zu lassen.

Ein Gutachten der „Gesellschaft für Freiheitsrechte“ kommt zu dem Ergebnis, dass die AfD verfassungswidrig sei und das Demokratieprinzip und die Menschenwürdegarantie systematisch missachte. Beobachtest du das auch bei der AfD in Leipzig?

Der Rechtsextremismus und die Verfassungs- sowie Frauenfeindlichkeit der AfD zeigt sich auch bei uns vor Ort. Die AfD-Fraktion etwa nutzt den Stadtrat als Bühne, um zu hetzen, zu spalten und zu desinformieren. Oft merkt man, dass sie nicht Probleme lösen, sondern ihre Follower in den digitalen Echo-



Benjamin Schulz ist seit Mai 2025 Co-Vorsitzender der SPD Leipzig.

kammern bedienen wollen. Ihre Redebeiträge sind dann in erster Linie auf ihre TikTok- und andere Social-Media-Kanäle ausgerichtet. Außerdem greift diese Partei auch kommunal die plurale Demokratie an. Bei Beratungen zum städtischen Haushalt beantragt sie etwa Kürzungen der Mittel für Vereine, die freie Kulturszene und andere zivilgesellschaftliche Initiativen, die nicht in ihr enges Weltbild passen. Die Referate für Gleichstellung sowie für Migration und Vielfalt würde sie gerne abschaffen. Ein weiteres Beispiel: Für Asylunterkünfte hat Leipzig einen etwas höheren Flächenstandard



Im Februar 2025 demonstrierten tausende Menschen in Leipzig gegen eine Zusammenarbeit der Union mit der AfD.

pro Person definiert als andere Kommunen. Regelmäßig fordert die AfD, diesen Standard auf das gesetzliche Minimum abzusenken. Das sind typische Mechanismen, die man von anderen Ebenen kennt.

Beteiligt sich die AfD-Fraktion im Stadtrat an einer sachorientierten Arbeit?

Nur im Einzelfall. Unterm Strich überwiegt das Negative.

Auf Initiative der Jusos hat sich die SPD Leipzig der Forderung nach einem Verbotsverfahren

gegen die AfD angeschlossen. Inwiefern war die Erfahrung mit der AfD in Leipzig und im Stadtparlament dafür ausschlaggebend?

In der breiten Zustimmung zum AfD-Verbot spiegelt sich auch das eigene Erleben von vielen von uns vor Ort wider und wie die AfD in den Landtagen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen agiert. Viele von uns kommen aus diesen Bundesländern.

In Leipzig ist die AfD längst nicht so stark wie etwa in Ostsachsen oder im Erzgebirge. In diesen Regionen hat sie keinerlei Berührungängste gegen-

über der organisierten rechtsextremen Szene. In einigen Landstrichen zeigt sich inzwischen, wie gefährlich es ist, wenn die AfD eine Vorherrschaft entwickelt hat. Das ist keine abstrakte, sondern eine konkrete, mitunter auch physische Gefahr, wie etwa Angriffe und Bedrohungen gegen den CSD in Pirna gezeigt haben. All das sind gute Gründe für ein Verbotsverfahren.

Die Bundes-SPD hat immer wieder gefordert, die AfD politisch zu bekämpfen. Wie stellst du dich dieser Aufgabe?

Das Allerwichtigste ist, diese Partei nicht weiter zu normalisieren und sie nicht die Agenda bestimmen zu lassen. Man darf mit ihr nicht umgehen wie mit anderen Parteien. Das heißt nicht, dass man nicht im Einzelfall auch einen AfD-Antrag im Stadtrat inhaltlich auseinandernehmen muss. Dabei muss aber deutlich werden, dass es um eine Auseinandersetzung mit einer Partei geht, die unser demokratisches Gemeinwesen angreift und abschaffen möchte. Demokrat*innen gehen anders miteinander um, müssen aber gerade vor Ort wehrhaft sein gegen Antidemokrat*innen. ♦

 Vorwärts-Redakteur
Lars Haferkamp kommentiert:
vorwaerts.de/afd-verbot

Anzeige

Danke für
150 Jahre
Journalismus
für soziale
Gerechtigkeit.



Ob aus Leipzig, Zürich, Berlin, Prag, Paris, Hannover, Köln oder Bonn: Auf das Eintreten des vorwärts für Freiheit und Gerechtigkeit ist seit 1876 Verlass. Danke für die gute Zusammenarbeit und das gemeinsame Streiten für Solidarität, Demokratie und gute Arbeit.

Wir bleiben verbunden.
Eure Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Ein Gesetz allein kann die Probleme nicht lösen

Von Carl-Friedrich Höck

Digitale Gewalt. Justizministerin Stefanie Hubig plant ein Gesetz, dass insbesondere Frauen im digitalen Raum schützen soll. Aus Sicht von Expert*innen ist das ein überfälliger Schritt – es müsse aber noch mehr passieren.

Der Fall Collien Fernandes hat viel Aufmerksamkeit auf ein Problem gelenkt: digitale Gewalt, die sich insbesondere gegen Frauen richtet. Die Schauspielerin hat im Frühjahr ihren früheren Ehemann Christian Ulmen angezeigt. Ihm wirft sie vor, er habe auf digitalen Plattformen Fake-Profilen von ihr erstellt, damit Menschen aus ihrem Umfeld kontaktiert und unter falscher Identität Online-Affären begonnen. In anderem Zusammenhang ist die Schauspielerin auch Opfer von Deepfakes geworden – gemeint sind Nacktbilder, die mittels Künstlicher Intelligenz erstellt wurden.

Digitale Gewalt ist alltäglich

Was Fernandes beschreibt, seien Formen digitaler Ex-Partnerschaftsgewalt, die auch viele Betroffene in Frauenhäusern kennen. Das betont der Verein Frauenhauskoordinierung, der Frauenhäuser und Beratungsstellen aus ganz Deutschland vernetzt. Das Dunkelfeld sei hoch, nur wenige Taten würden zur Anzeige gebracht, heißt es in einem Statement. Auf seiner Website beschreibt der Verein, wie digitale Gewalt funktioniert. Diese reiße Lücken in die bisherigen Schutz- und Hilfsstrukturen für Frauen. Zum Beispiel, wenn Täter den gemeinsamen Kindern ein Smartphone schenken und



Die psychischen Auswirkungen digitaler Gewalt sind für viele Frauen schwerwiegend.

damit den Standort der (Ex-)Partnerin überwachen. Digitale Kanäle können genutzt werden, um Frauen zu belästigen oder zu bedrohen, selbst wenn sie im Frauenhaus Schutz gesucht haben. Soziale Medien bieten viele Möglichkeiten, Betroffene zu diffamieren. Dazu kommen neue Formen von Identitätsmissbrauch und -diebstahl oder die Veröffentlichung intimer Fotos und Videos („Rachepornos“) – ob als echtes Material oder Deepfakes.

Marie-Luise Löffler weiß: „Bildbasierte, sexualisierte Gewalt ist Alltagserfahrung für Mädchen und Frauen.“ Sie war bis vor kurzem Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG). Löffler berichtet: „Die wenigsten Frauen holen sich Hilfe, die psychischen Auswirkungen für sie sind oft schwerwiegend oder gar lebenszerstörend.“ Digitale Gewalt sei zudem auch eine Strategie, um Frauen, die sich in der Öffentlichkeit äußern, mundtot zu machen.

Rund jede*r Zehnte betroffen

Eine 2026 veröffentlichte Dunkelfeldstudie des Bundeskriminalamtes hat die Häufigkeit von Gewalterfahrungen in- und außerhalb von Partnerschaften untersucht. 9,2 Prozent der Frauen und 10,3 Prozent der Männer haben demnach schon digitale Gewalt im engeren Sinne erfahren. Zum Beispiel gaben jeweils rund zwei Prozent an, dass von ihnen schon einmal persönliche beziehungsweise heimlich erstellte Fotos oder Videos veröffentlicht oder an Dritte versendet wurden. Die Studie weist darauf hin, dass Frauen digitale Gewalt häufiger als schwerwiegend erleben. Gegen Deepfakes und ähnliches sexualisiertes Bildmaterial wendet sich ein

Gesetz, an dem Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) derzeit arbeitet. Damit will sie das unbefugte Anfertigen und Verbreiten solcher Bilder unter Strafe stellen: Bis zu zwei Jahre Haft drohen den (meistens männlichen) Tätern künftig. Das Cyberstalking mittels GPS-Trackern wird ebenfalls als Straftat angesehen, wie aus einem ersten Entwurf hervorgeht. Außerdem soll das neue Gesetz es den Betroffenen erleichtern,

»Es ist höchste Zeit, dass wir digitale Gewalt genauso ernst nehmen wie körperliche Gewalt – und die Betroffenen stärken.«

Stefanie Hubig, Justizministerin

dass es durch weitere Maßnahmen flankiert werden müsse. Marie-Luise Löffler wünscht sich zum Beispiel mehr Aufmerksamkeit dafür, wie junge Männer während der Pubertät geprägt werden, also mit welchen Rollen- und Geschlechterbildern. Teils würden hier schon Besitzansprüche gegenüber Frauen entwickelt. Eine Rolle spielten dabei auch frauenverachtende Netzwerke in Sozialen Medien (die „Mannosphere“). Löff-

ler schlägt deshalb Präventionsangebote insbesondere an Schulen vor, um mit jungen Männern ins Gespräch zu kommen. Zweitens wünscht sie sich verpflichtende Fortbildungen für Polizist*innen, Staatsanwält*innen und die Justiz. Denn es habe einen Grund, weshalb so wenige Straftaten zur Anzeige gebracht würden. „Frauen haben häufig nicht das Gefühl, dass sie

ernst genommen werden, wenn sie eine Anzeige stellen.“ Der Deutsche Juristinnenbund (DJB) drängt darauf, Plattformen und KI-Anbieter zur Verantwortung zu ziehen, die mit ihrem Geschäftsmodell digitale Gewalt befördern. In diese Richtung zielt auch eine Petition der Organisation „Hate Aid“. Unterneh-



Stefanie Hubig (SPD) will eine Rechtslücke schließen und digitale Gewalt stärker ahnden.

men dürften mit geklauten Nacktbildern und sexualisierten Deep Fakes nicht auch noch Profite machen, fordert sie. ♦

Anzeige

Energie für Blitzschnell Weiter

Willkommen im größten Schnellladenetz Deutschlands. Unsere Energie Bewegt Was

enbw.com/emob

Im Amt ist der Bürgermeister im Dauermodus

Von Kai Doering

Andreas Dittmann. In Sachsen-Anhalt ist die AfD so stark wie in keinem anderen Bundesland. Gegen den Bürgermeister der Kleinstadt Zerbst bekommt sie aber keinen Fuß auf den Boden.

Dass Andreas Dittmann seine dritte Wahl zum Bürgermeister von Zerbst derart überzeugend gewinnt, hätte er selbst nicht geglaubt. „Ich hätte mich schon über 70 Prozent gefreut wie Bolle“, sagt der 58-Jährige, der seit 2012 die Geschicke der Kleinstadt in Sachsen-Anhalt lenkt. Dass der SPD-Politiker im April mit 82,2 Prozent wiedergewählt wurde, „das hätte ich im Leben nicht geglaubt“. Das Ergebnis überrascht umso mehr, da sein einziger

Gegenkandidat von der AfD nur 17,8 Prozent der Stimmen erhielt – und das, obwohl die Rechtsaußenpartei bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr in Zerbst mit rund 40 Prozent bei den Erststimmen deutlich vorne lag. Die SPD kam hier nur auf 10,4 Prozent. „Das zeigt, dass offensichtlich viele, die bei der Bundestagswahl die AfD gewählt haben, bei der Bürgermeisterwahl lieber mir ihre Stimme gegeben haben“, sagt Andreas Dittmann.

Der Bürgermeister sieht dafür verschiedene Gründe. So sei die AfD-Fraktion im Stadtrat – bis dahin die stärkste – „an der Frage der Bürgermeisterwahl zerbrochen“. Vor allem aber sei er in seinem Amt „im Dauermodus“. „Ich gehe immer dahin, wo es brennt und investiere viel Zeit, viel Kraft und viel Engagement.“ In einer Gemeinde mit 23 Ortschaften und 56 Ortsteilen – mit einer Fläche von 468,4 Quadratkilometern ist Zerbst die fünftgrößte Gemeinde in Deutsch-

land – ist Dittmann viel unterwegs, auch am Wochenende. „Wenn irgendwo schlechte Stimmung ist, fahre ich da selbst hin“, erzählt er. Nur so entstehe und wachse Vertrauen bei den Menschen.

„Die Leute haben gemerkt, ich lasse mich nicht umpusten, sondern stelle mich an die Spitze, auch wenn es unbequem wird“, sagt Andreas Dittmann. Als etwa im vergangenen Jahr die Schließung des Zerbster Krankenhauses drohte, rief der Bürgermeister sofort zu einer Kundgebung auf und setzte sich auf politischer Ebene für den Erhalt der Klinik ein.

Gewählt trotz SPD-Parteibuch

Nur Wochen später gelang der Durchbruch: Zum März dieses Jahres übernahm der Landkreis Anhalt-Bitterfeld das Krankenhaus in Zerbst/Anhalt vom privaten Klinikbetreiber. „Das hätte natürlich auch schief gehen können“, gesteht Dittmann ein. „Aber in dem Moment, in dem die Rekommunalisierung feststand, hat das natürlich einen enormen Schub auch für meine Wiederwahl gegeben.“ In den Tagen und Wochen danach habe er viel Zuspruch auch von denjenigen bekommen, die politisch auf der anderen Seite stehen.

„Es tut mir weh, das zu sagen, aber ich bin gewählt worden, nicht weil, sondern obwohl ich in der SPD bin“, sagt Andreas Dittmann. Die Sozialdemokrat*innen hätten zu lange ihre

„kommunalen Wurzeln vernachlässigt“, es gebe kaum Verbindungen zwischen der kommunalen, der Landes- und der Bundesebene. Dass die AfD in Sachsen-Anhalt so stark ist wie in keinem anderen Bundesland, wundert Andreas Dittmann daher nicht. Traurig macht es ihn dennoch. Zumal das die Stimmung im Land deutlich verändere.

Standhaft im Gegenwind

„Es sind heute wieder Dinge sprechbar, die vor Jahren nicht möglich waren“, hat der Bürgermeister beobachtet. Das treffe auch ihn und sein engstes Umfeld. Während der Corona-Zeit habe die Polizei sein Privathaus schützen müssen. Mehrfach sei seine Frau, die ebenfalls für die SPD im Stadtrat sitzt, beim Einkaufen angepöbelt und beleidigt worden. „Das ist mittlerweile eine Situation, die schon einige kommunale Amtsträger dazu veranlasst hat, zu sagen: Das tue ich mir nicht mehr an.“ Für die Demokratie sei das eine höchst gefährliche Entwicklung.

Sich selbst will Andreas Dittmann aber nicht zurücknehmen – im Gegenteil. Den deutlichen Wahlsieg gegen den AfD-Kandidaten sieht er als starken Rückenwind für die kommenden sieben Jahre als Zerbster Bürgermeister. „Ich werde weiter ein 24/7-Bürgermeister sein“, verspricht Dittmann und ist überzeugt, wenn es der SPD gelinge, „gute Leute an den Start zu bringen“, die „Verlässlichkeit, Kompetenz und Empathie“ ausstrahlen, könne sie auch in Sachsen-Anhalt und im Bund wieder Erfolge feiern. ♦



Der SPD-Ortsverein Münchweiler an der Alsenz ist der erste Preisträger des Hasenclever-Preises, der als Wanderpokal jedes Jahr neu vergeben wird.



Die beiden Figuren stehen symbolisch für die Ortsarbeit der SPD, wie Künstler Norbert Walter-Borjans erklärt.



OV-Vorsitzende Svenja Ebelsheiser nahm den Hasenclever-Preis von Bildhauer Norbert Walter-Borjans entgegen.



Mittlerweile gewinnt der Ortsverein auch wieder jüngere Mitglieder, dank breiter digitaler Präsenz und analoger Formate für Austausch.

Kleiner Ortsverein ganz groß

Parteiarbeit. Der SPD-Ortsverein Münchweiler an der Alsenz hat gerade einmal 13 Mitglieder. Die sorgen in dem rheinland-pfälzischen Ort aber mit viel persönlichem Einsatz für Furore. Die OV-Vorsitzende Svenja Ebelsheiser hat dafür nun einen besonderen Preis in Empfang genommen.

Von Jonas Jordan

„Für mich ist es ganz wichtig, dass wir als Basis wahr- und ernstgenommen werden“, sagt Svenja Ebelsheiser und strahlt in die Kamera. Anfang Juli hat die 44-Jährige den „Hasenclever“ entgegengenommen, einen in diesem Jahr erstmalig vom „Vorwärts“ und dem SPD-ReiseService vergebenen Preis für herausragende Ortsvereinsarbeit. Im März 2025 war das so noch nicht absehbar. Damals übernahm Ebelsheiser den Vorsitz der SPD in Münchweiler an der Alsenz, einer knapp 1.200 Einwohner*innen zählenden Ortsgemeinde in Rheinland-Pfalz.

Kinderschminken und Hilfe bei Formularen

Bis dahin war die SPD vor Ort außerhalb von Wahlkämpfen nur wenig präsent. Ebelsheiser änderte das und initiierte gemeinsam mit ihrem Stellvertreter Elias Biehl niedrigschwellige und generationenübergreifende Angebote, um den Zusammenhalt zu stärken und das Gemeinschaftsleben im Ort wieder in Gang zu bringen. Dazu zählen Angebote wie ein Neujahrs-Stammtisch, Kinderschminken auf dem Dorffest oder auch die Reihe „Ansprechbar vor Ort“. „Wir sind einfach da, bringen Getränke mit und sitzen von

18 bis 19.30 Uhr im Sitzungszimmer im Bürgerhaus. Die Leute können mit ihren Anliegen vorbeikommen und wir helfen ihnen“, erklärt Ebelsheiser das Konzept. Stellvertreter Biehl ist Ansprechpartner für digitale Fragen, die Vorsitzende hilft bei Beratungsbedarf, zum Beispiel wenn es darum geht, eine Mutter-Kind-Kur zu beantragen. „Ich fülle gerne Formulare aus“, sagt Ebelsheiser.

Gemeinschaftsgefühl im Ort wird gestärkt

Aus der Idee der „Ansprechbar“ entwickeln sich gerade weitere, zum Beispiel eine Talentbörse für Nachbarschaftshilfe – vom Nähen über Gartenarbeit bis hin zu gemeinsamen Spaziergängen. Der Gedanke dahinter: „Wir wollen politische Arbeit vor Ort neu denken: weniger klassische Parteiveranstaltungen, mehr echte Begegnungen, praktische Hilfe und Gemeinschaft für alle Generationen“, wie die Vorsitzende erzählt.

Das zahlt sich aus. Im Gemeinderat ist die SPD stärkste Kraft, auch Ortsbürgermeisterin Tanja Dautermann ist Genossin. Bei der rheinland-pfälzischen Landtagswahl im März verlor die Sozialdemokratie zwar nach 35 Jahren die Staatskanzlei. Doch in Münchweiler an der Alsenz war sie mit 34,3 Prozent klar stärkste Kraft. Was nach einer absoluten SPD-Hochburg klingt, hängt jedoch an einigen wenigen Personen. Insgesamt hat der Ortsverein gerade mal

13 Mitglieder, viele sind jenseits der 70. Doch Ebelsheiser sagt: „Besonders wichtig ist uns die Einbindung junger Menschen. In diesem Jahr konnten wir bereits zwei neue Mitglieder unter 30 Jahren gewinnen.“ Dafür sorgt auch die digitale Präsenz mit eigener Homepage, Facebook-Seite und WhatsApp-Kanal, aber auch analoge Formate wie „Pizza und Politik“, um sich in lockerer Runde über Politik auszutauschen. „Das wird wahrgenommen im Ort. Es kommt ganz viel positives Feedback von Leuten, die gut finden, dass wir so präsent sind.“

Eine Anerkennung hierfür ist der erstmalig vergebene Hasenclever-Preis. Er erinnert an den ersten Vorwärts-Chefredakteur Wilhelm Hasenclever. Der „Vorwärts“ und der SPD-ReiseService verliehen ihn Anfang Juli gemeinsam bei einem Treffen von rund 100 Ortsvereinsvertreter*innen aus allen Teilen Deutschlands in Friedrichroda (Thüringen). Der Preis zeigt zwei Bronze-Figuren auf einem Sockel aus rotem

Stein, die zusammen mit einem großen Schritt einen Graben überwinden. Gestaltet hat ihn der frühere SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans, der seit vielen Jahren passionierter Maler und Bildhauer ist. Für ihn stehen die Figuren symbolisch für Ortsvereinsarbeit in der SPD. „Das ist oft ein langer Lauf, für den man einen langen Atem braucht. Und wir müssen als SPD dafür eintreten, Gräben zu überwinden.“ ♦

»Das wird wahrgenommen im Ort. Es kommt ganz viel positives Feedback.«

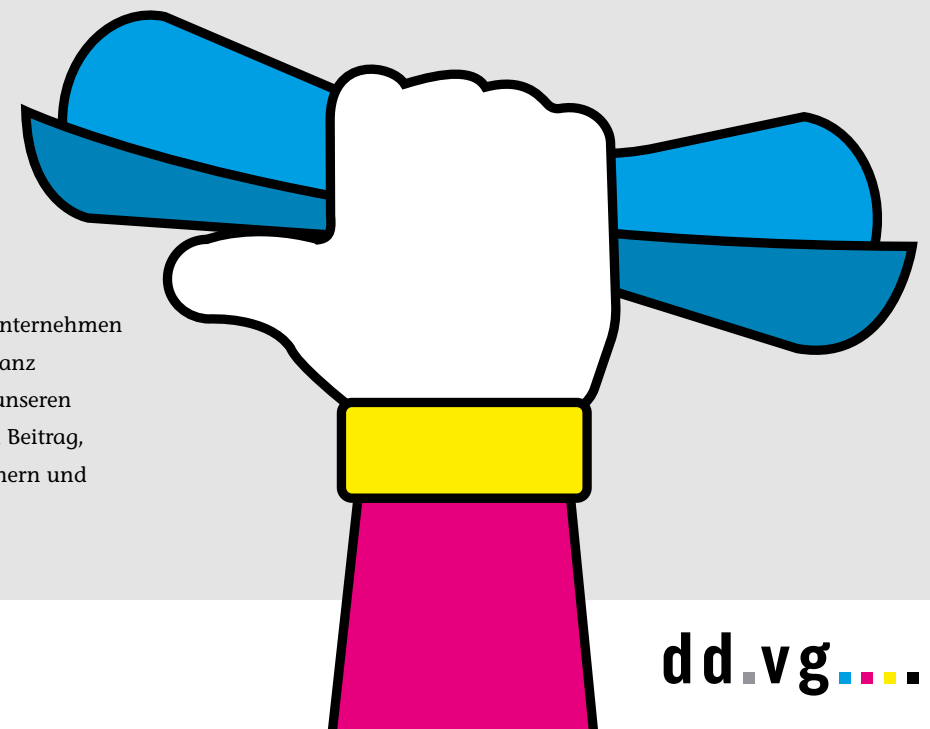
Svenja Ebelsheiser, OV-Vorsitzende

Anzeige

Demokratie leben und verteidigen. vorwärts: Stets mit klarem Kurs.

Herzlichen Glückwunsch zum 150. Geburtstag!

Seit 150 Jahren gehören Beteiligungen an Medienunternehmen zur Geschichte der SPD – der vorwärts stand dabei ganz am Anfang. Die ddvg steht in dieser Tradition. Mit unseren Beteiligungen an Zeitungsverlagen leisten wir einen Beitrag, journalistische Qualität und Unabhängigkeit zu sichern und die Demokratie zu schützen.



Solidarität in Flaschen für den Wiederaufbau an der Ahr

Von Jonas Jordan

Kooperation. Genossenschaften und Sozialdemokratie teilen eine lange Geschichte – und jetzt auch ein Weinprojekt. Es soll die Winzer*innen nach der Flutkatastrophe von 2021 in Rheinland-Pfalz unterstützen.



Seit 1868 gibt es die Winzergenossenschaft Mayschoß-Altenahr. Bei der Flutkatastrophe 2021 wurde auch sie stark geschädigt.

Vor fünf Jahren verwüstete eine Flutkatastrophe im Ahrtal große Teile der rheinland-pfälzischen Region. Davon betroffen war auch die Winzergenossenschaft Mayschoß-Altenahr, deren Gebäude stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Sie wurde 1868 gegründet und ist damit die älteste Winzergenossenschaft der Welt. Was läge da näher als eine Kooperation mit der ältesten Partei Deutschlands? Das dachte sich Renate Strauch von der Arbeitsgemeinschaft 60plus im Kreis Ahrweiler. Sie rief „Ne Joode Ruude“ ins Leben: ein Rotwein, gekeltert von der Winzergenossenschaft und vermarktet von der SPD. Was als Idee klein begann, wurde schnell ein großer Erfolg. In sieben Monaten sind bereits 1.000 Flaschen verkauft worden, berichtet Strauch.

Der Wein ist ein gemeinsames Projekt des Ortsvereins und der AG 60plus, wird aber aus rechtlichen Gründen über einen privaten Online-Shop vermarktet und verkauft. Er soll eine gemeinsame Geschichte der beiden großen sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, die auf Solidarität bauten, erzählen. Die der Arbeiterbewegung und der Genossenschaftsbewegung, so sagt es Renate Strauch. Dabei seien ihre Genoss*innen zunächst skeptisch gewesen, als sie mit der Idee kam, der „schwarzen Winzergenossenschaft“ den Vorschlag zu unterbreiten.

Ein »Zeichen demokratischer Kultur«

Doch die Genossenschaft war sofort offen dafür. „Sie wollen ihren Wein verkaufen und sind es gewohnt, für bestimmte Gruppen eigene Etiketten herstellen zu lassen. So haben wir das relativ schnell hingekriegt mit der Winzergenossenschaft“, erzählt Strauch. Über ihren Online-Shop können nun Genoss*innen und andere Weinliebhaber*innen aus ganz Deutschland den SPD-Rotwein von der Ahr „als sichtbares Zeichen demokratischer Kultur“ bestellen. Der SPD-Ahr-Wein soll regionale Weintradition, politische Geschichte und den Gedanken der Solidarität in einer einzigen Flasche verbinden. „Damit stär-

ken wir nicht nur das Image der SPD, sondern halten auch die Erinnerung an das Ahrtal lebendig“, sagt Renate Strauch. Jede verkaufte Flasche, die 7,99 Euro kostet, hilft den Winzer*innen und unterstützt so indirekt den Wiederaufbau in der von der Flut gebeutelten Region. Die Genoss*innen



Renate Strauch überreicht Lothar Binding, dem Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft 60plus, eine Flasche des Rotweins von der Ahr.

selbst haben bislang mit dem Projekt keinen Gewinn gemacht, weil sie vom Erlös der ersten 1.000 Flaschen Informationsflyer drucken ließen. Und inzwischen gibt es auch die Idee für einen roten Traubensaft, also eine alkoholfreie Variante des „Jooden Ruuden“, berichtet Strauch. ♦

 **Weitere Informationen:**
pflanzenfruechte.com/
spd-ahrwein

Foto: imago/Gerhard Leber

Fotos: IMAGO/Marc John; privat

Sein Einsatz wird weiterleben

Von Kai Doering

Nachruf. Der frühere Chefredakteur des »Vorwärts«, Uwe-Karsten Heye, ist gestorben. Er wurde 85 Jahre alt.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus war sein Lebens- thema. Es mag daran gelegen haben, dass Uwe-Karsten Heye, geboren am 31. Oktober 1940 im Sudetenland, die Schrecken des Zweiten Weltkriegs am eigenen Leib erfahren hatte. Im Januar 1945 musste er mit Mutter und Schwester aus Danzig fliehen. Nur durch Zufall nahmen sie dafür nicht wie geplant das Schiff „Wilhelm Gustloff“, das von einem sowjetischen U-Boot versenkt wurde.



Der frühere Chefredakteur des „Vorwärts“, Uwe-Karsten Heye, ist tot.

Sprecher von Willy Brandt

Im Jahr 2000 gründete Heye den Verein „Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“, der sich gegen Antisemitismus und Rechtsextremis-

mus einsetzt. Als Journalist war er da schon allseits bekannt. Zwischen 1968 und 1973 berichtete er als Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ aus Bonn. Danach wurde er Redenschreiber und Pressesprecher von Willy Brandt.

Mit Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung 1998 wurde Uwe-Karsten Heye Regierungssprecher und blieb es vier Jahre lang. 2006 übernahm er die Chefredaktion des „vorwärts“ und sorgte dafür, dass die Zeitung wieder an Bahnhöfen und Flughäfen zu kaufen war. In der Beilage „zeitblende“ stellte die Redaktion Initiativen gegen Rechtsextremismus und für Erinnerungsarbeit vor. Uwe-Karsten Heye starb am 30. Juli im Alter von 85 Jahren. Sein Kampf gegen Extremismus wird weiterleben. ♦

 **Einen Nachruf aus der Redaktion liest du unter**
vorwaerts.de/heyne

Anzeige

Tief betroffen nehmen wir Abschied von

Uwe-Karsten Heye

* 31. Oktober 1940

† 30. Juli 2026

Wir verlieren mit Uwe-Karsten Heye einen leidenschaftlichen Vordenker und überzeugenden Mitstreiter. In den verschiedensten Funktionen – als Redenschreiber von Willy Brandt, Sprecher der SPD-geführten Bundesregierung, Chefredakteur des „Vorwärts“, Vorstandsvorsitzender des Vereins „Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland“ oder als Journalist und Autor – war er ein geschätzter Ratgeber mit intellektuellem Scharfsinn und einer sehr klaren Haltung. Vor allem bei seinem Einsatz gegen Rechtsextremismus wird er uns fehlen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands trauert gemeinsam mit seinen Angehörigen und seinen Freundinnen und Freunden. Wir werden Uwe-Karsten Heye ein ehrendes Andenken in Dankbarkeit bewahren.

Lars Klingbeil
SPD-Parteivorsitzender

Bärbel Bas
SPD-Parteivorsitzende

Tim Klüssendorf
SPD-Generalsekretär

Dietmar Nietan
SPD-Schatzmeister

Kreuzworträtsel

Die Fragen und das Kreuzworträtsel darunter ergeben die Lösung.

Schon 1946... kam er nach Hamburg, wurde zu einem der führenden Mitglieder der SPD und unterstützte maßgeblich den Wandel zur Volkspartei und das Godesberger Programm (Westintegration, Volkswirtschaft, Bundeswehr). 1983 schied er aus dem Bundestag aus. Sein Nachname?

1

2

3

4

5

6

Es gibt zwei Wege, das Rätsel zu lösen:

Ratefuchse beantworten zuerst die beiden Fragen. Der zweite und dritte Buchstabe des ersten Lösungswortes sowie der zweite und dritte Buchstabe des zweiten Lösungswortes ergeben in der richtigen Reihenfolge die Lösung. Es geht aber auch einfacher: **Die grauen Felder im Kreuzworträtsel ergeben in der richtigen Reihenfolge das Lösungswort.** Gesucht wird ein Begriff, der in der Architektur, aber auch in der Politik eine Rolle spielt.

1

2

3

4

1		2		3	4	5		6		7	
				8					9		10
11	12		13					14			
15						16	17				
					18						
19				20		21		22		23	
			24		25						
26		27					28				
				29							
30	31		32				33		34		35
36					37	38					
39											
					40						

Geboren und aufgewachsen... ist er in einer sächsischen Großstadt an der Elbe, die für den barocken Zwinger und die nach Kriegszerstörung wiedererbaute Frauenkirche weltbekannt ist.

1

2

3

4

5

6

7

WAAGERECHT

- 1 Konstruktionsmodul
- 8 aus voller Kehle
- 11 fast, annähernd
- 14 Rauchfang, Schornstein
- 15 jemandem selbst gehörend
- 16 ab einem bestimmten Zeitpunkt
- 18 griechische Göttin
- 19 japanische Hafenstadt
- 21 deutsche Schauspielerin (Hannelore)
- 24 Geist, Witz (französisch)
- 26 Kurzwort für Jugendliche(r)
- 28 schwedischer Filmstar (Greta)
- 29 metallhaltiges Mineral
- 30 Transportgut
- 33 kleinkörnige Getreideart
- 36 Gebetsschlusswort
- 37 Eierkuchen
- 39 mit Falten bedeckt
- 40 unangenehm auffallen

SENKRECHT

- 1 eine Spielkarte
- 2 zünftig, kernig, originell
- 3 Begeisterung, Schwung
- 4 lautmalend für den Eselsruf
- 5 Ventilator
- 6 lieber, wahrscheinlicher
- 7 Gemahlin Lohengrins
- 9 sich abmühen (ugs.)
- 10 spanische Anrede: Herr
- 12 Zugspeitzgewässer
- 13 foppen
- 17 fettig, schmierig
- 20 ein Erdteil
- 22 dauerhaft, standhaft
- 23 verärgert
- 25 offener Laubengang
- 26 Amtstracht
- 27 niedersächsischer Hafen
- 31 Strom in Ostasien
- 32 Feingewicht für Edelmetalle
- 33 Tierpflege
- 34 Turngerät
- 35 englische Schulstadt
- 38 Abkürzung für Minute

Wer war's?

Heute kaum vorstellbar: Dieser Journalist war zugleich SPD-Abgeordneter im Reichstag

Von Lothar Pollähne

Die Gesänge, die er im Sommer 1924 auf dem Kurfürstendamm in Berlin hört, wecken Erinnerungen. Aus den Kehlen hunderter Reichsbannermänner klingt Freiligraths Freiheitslied. Das hat er schon von seiner Mutter im heimatlichen Brunn gehört. Dort wird er am 8. September 1874 in eine liberal jüdische, radikaldemokratische Familie geboren. Der Junge ist hellwach und so vielseitig interessiert, dass er in der Schule Probleme bekommt. Er schreibt die besten Aufsätze, fällt aber im Fach Deutsch durch, weil es in habsburgisch Absurdistan wichtig ist, wann und wo Dichter gestorben sind. Das interessiert ihn nicht. Noch als Gymnasiast verfasst er seinen ersten Artikel für den sozialdemokratischen „Volksfreund“ in Brunn und zeichnet selbstbewusst mit dem Kürzel F.S. Während seines kurzen Studiums in Wien arbeitet er als österreichischer Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“. Am 1. April 1900 tritt er in die Redaktion dieses renommierten Blattes ein. 1903 gründet er eine „Privatkorrespondenz“, die täglich die meisten sozialdemokratischen Zeitungen versorgt. Nach kurzem Kriegsdienst an der Isonzo-Front wird er 1916 auf Bitten von Friedrich Ebert Chefredakteur des „Vorwärts“. Schnell gelingt es ihm, das Parteiblatt zur wichtigsten Zeitung der Weimarer Republik zu machen, und er wird zur „Stimme der SPD“. Die bleibt er bis zur Machtübertragung an die Nazis. Als Reichstagsabgeordneter mischt



Nach der Machtübernahme der Nazis emigrierte der Parteivorstand der SPD (SOPADE) nach Prag. Erich Ollenhauer, Hans Vogel, der Gesuchte, Otto Wels, Albert Grezinski und Siegfried Crummenerl (v. l.)

er sich seit 1920 in die innerparteiliche Meinungsbildung ein und wird Mitverfasser des „Görlitzer Programms“ von 1921. Am 4. Mai 1933 flieht er nach Prag, wo er den „Neuen Vorwärts“ redigiert. Über Paris emigriert er 1940 nach New York. Erst 1948 kehrt er nach Deutschland zurück. Sozialdemokrat ist er mit 18 geworden. Bis zu seinem Tod am 1. Dezember 1957 sieht er sich „auf der richtigen Seite“. ♦

Foto: picture alliance/SZ Photo

VORWÄRTS-Impressum

Die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie gegründet 1876 von W. Hasenclever und W. Liebknecht

Herausgeber: Tim Klüssendorf
Redaktionsadresse: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 610322, 10925 Berlin; Tel. 030/25594-100, E-Mail: redaktion@vorwaerts.de
Chefredakteur: Kai Doering (V. i. S. d. P.)
Redaktion: Carl-Friedrich Höck (Leitender Redakteur); Jana Schulze (Chefin vom Dienst – Technische Leitung und Gestaltung); Karin Billanitsch, Lars Haferkamp, Lea Hensen, Jonas Jordan, Finn Lyko, Nils Michaelis, Vera Rosigkeit
Geschäftsführung: Kerstin Thomberg
Vertrieb: Stefanie Martin, Tel. 030/25594-152, E-Mail: martin@vorwaerts.de
Anzeigen: ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Thomas Mühlnickel (Geschäftsführung), Henning Mahler (Verkaufsleiter), Kerstin Böhm, Simone Roch
Druck und Litho: Möller Pro Media GmbH, Zeppelinstraße 6, 16356 Ahrensfelde, E-Mail: info@moellerpromedia.de
Gestaltungskonzept: Alexandra Helmgens, Bureau SoSo® – Nachhaltiges Grafikdesign, Köln
Bankverbindung: Berliner Sparkasse, BIC BELADEBEXX, IBAN DE67 1005 0000 0190 5279 94
Für SPD-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten (bei Änderungen bitte an den SPD-UB wenden). Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadensersatz oder Minderung des Bezugspreises. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen wird keine Haftung übernommen.

Radfahren und vom Balkon springen streng verboten

Von Martin Kaysh

Bürokratie. Deutsche Arbeitgeber*innen klagen gerne und häufig über zu viele Vorschriften. Da lohnt es sich, genauer hinzuschauen.

Das war's im Grunde mit dem Sommer. Deutschland kommt gebräunt zurück, das ist nicht politisch gemeint, sondern ein Songtitel aus den Zeiten der wunderbaren „Neuen Deutschen Welle“. Die verlieh der bis dahin eher dumpfen heimischen Unterhaltungsmusik um 1982 herum neue Leichtigkeit. Geschichte liebt die Ironie, denn gleichzeitig zogen die 16 bleischweren Jahre der Kohl-Ära auf.

Deutschland kommt also zurück mit dem Beachgefühl, dass es mediterran irgendwie anders geht, entspannter, nicht so vorschribtenbegrenzt. Was Quatsch ist. Man kriegt die freiheitsberaubenden Vorschriften als Tourist*in einfach nur nicht immer mit. Wer weiß schon, dass er Esel auf Santorin nicht zu schwer beladen und auf Malle nicht vom Hotelbalkon in den Pool springen darf?

Jetzt aber dieses Deutschland. Da führen Standesvertreter*innen penibel Buch darüber, wo der Staat

zu viel Dokumentation verlangt. Sie können auftrumpfen mit Beispielen. So verbietet die StVO das Fahrradfahren auf Helgoland. Das Schieben eines Rades dient folglich als Vorbereitung eines Delikts, das Radschieben in Gruppen als Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Altmodisch hefte ich noch Zeitungsartikel ab. Jedes Jahr seit etwa 2002 beginnt rituell mit der Klage eines regionalen Arbeitgeberfunktionärs über die Bürokratie. Gefühlt seit 2007 denke ich: Kommt der sich nicht blöd vor, als erwachsener Mensch immer wieder die alte Platte aufzulegen? Könnte er nicht mal mediterran freudig verkünden, dass sein Verband neue Produkte entwickelt, die betriebliche Eingliederung Zugewanderter aktiv betreibt,

Arbeitsplätze gestaltet, an denen man auch noch mit 67 Jahren schmerzfrei arbeiten kann? Nein, Schuld ist im Zweifel das Radfahren auf Helgoland, als Denkschule.

»Wer weiß schon, dass er Esel auf Santorin nicht zu schwer beladen darf?«

Martin Kaysh

Klar können wir die lästige Arbeitszeitbegrenzung abschaffen. Dann donnert der Brummifahrer halt in der

elften Stunde am Lenkrad mit dem lange nicht gecheckten Gefahrgut-Tanker in die KiTa.

Diese Glosse hingegen ist weitestgehend frei. Ich darf über alles schreiben, nur nicht über 2.000 Zeichen. ♦



Martin Kaysh ist Kabarettist, Alternativkarnevalist („Geierabend“) und Blogger. Er lebt im Ruhrgebiet, freiwillig.

Folg uns!

Wir sind jetzt auch auf WhatsApp



150 JAHRE

Leipzig Berlin

Besuch uns in Berlin!

Zum 150. Geburtstag des „Vorwärts“ laden wir gemeinsam mit dem SPD-ReiseService herzlich zu einer Jubiläumsreise ein. Sie findet statt vom **7. bis zum 12. Oktober 2026** und führt nach **Leipzig und Berlin**. Höhepunkte sind ein Symposium zur Geschichte und Gegenwart politischer Medien in Leipzig sowie ein Besuch in der Vorwärts-Redaktion in Berlin.



Weitere Infos gibt es hier:
spd-reiseservice.de/reisen/150-jahre-haltung

EINE NEUE ZEIT BRAUCHT EINE NEUE SPD.



Deshalb schreiben wir unser neues
Grundsatzprogramm gemeinsam im ganzen Land.

Wir erneuern die SPD und geben unserer
Gesellschaft eine klare sozialdemokratische Vision.

**Komm zu einer Programmkonferenz in
Deiner Nähe und gestalte mit uns die Zukunft.
Alle Infos und Termine findest Du hier:**



GRUNDSATZPROGRAMM.SPD.DE

ZUSAMMEN ZUKUNFT SCHREIBEN.

Blättern bleibt. Wischen kommt hinzu.

Jetzt die neue
Vorwärts-App
downloaden!



Regelmäßig die wichtigsten
Vorwärts-Updates erhalten.
**Jetzt zum Newsletter
anmelden.**



VORWÄRTS